Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 407 — Jahrgang 214

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Abend-Ausgabe

Dienstag, 6. September

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3,00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neue Berliner Vorstöße gegen Bayern

Die Sozialisten treiben zum Konflikt!

Hochspannung in Bayern

München, 5. September.

Die Hochspannung zwischen Berlin und München ist durch die neue Rede Dr. Wirths weiter verschärft worden. — Nähere Lage vor Erzbergers Ermordung hatte der Reichskanzler den bayerischen Vertreter in Berlin rufen lassen, um ihm Vorhaltungen darüber zu machen, daß die bayerische Regierung die Reichsregierung nicht gegen die Angriffe bayerischer Blätter schütze. Die bayerische Regierung hat darauf erklärt, daß der Ausnahmezustand in Bayern nicht dazu mißbraucht werden dürfe, irgendeine Regierung gegen Angriffe der Presse zu schützen. Dafür genügten die Strafgesetze. Gegen die Presse sei der Ausnahmezustand in Bayern nur anwendbar, wenn sie zu Gewalttaten und zur Störung der öffentlichen Ordnung aufrufe. Darauf hat der Reichskanzler erwidert, er müsse es sich überlegen, ob er dem Reichspräsidenten nicht die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern vorschlagen solle. Der Antrag dazu im Ueberwachungsausschuß des Reichstages ist drei Tage vor Erzbergers Tod von Seiten der U. S. P. eingebracht worden. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" bezeichnen die Art der Berliner Regierung, die Weimarer Verfassung zu wahren, als vormärzlichen Absolutismus. Im bayerischen Ministerrat soll erst nach der am Dienstag stattfindenden Besprechung mit dem Koalitionsausschuß weiteres bekanntgegeben werden. Die Erregung in Bayern wächst stündlich. Die Regierung erhält massenhaft Kundgebungen aus dem Lande, nicht zurückzuweichen, sondern festzubleiben und die Ehre und Würde des Landes wie das gute Recht zu wahren.

Abwehr der Berliner Einmischung

München, 5. September.

Zur politischen Lage schreibt der „Bayerische Kurier": Man werde überall im bayerischen Volk der Regierung Recht geben, wenn sie sich die „Berliner" Behandlung, als einem der Reichsregierung unterstehenden Bezirksamt, nicht länger gefallen läßt, zumal die Berliner Absicht sich dabei nicht verkennen lasse, die bayerische Regierung unmöglich zu machen.

Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz" erklärt, es sei eine unmögliche Zumutung, die sofortige und völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern von der bayerischen Regierung zu verlangen.

Die „München-Augsburger Abendzeitung" schreibt, daß ihr bisher ein Erscheinungsverbot nicht zugegangen sei.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" sprechen mit Bezug auf das Vorgehen des Reichsministers Gradnauer von einer Gefährdung der Reichseinheit, von einem vormärzlichen Absolutismus und von einem abgekarteten Spiel, und bemerken, Herr Gradnauer scheine es darauf abgesehen zu haben, aus Bayern eine Reichsprovinz zu machen, um dadurch am geeignetsten die Frage zu lösen, wie die verhaßte Regierung Kahr beseitigt werden könne.

München, 5. September.

Die neuerlichen Vorstöße des Reichsministers des Innern Dr. Gradnauer gegen Bayern besonders wegen der Forderung des Rückzuges der Sipo aus Koburg haben die Lage verschärft. Die bayerische Regierung hatte heute einen Ministerrat, jedoch bewahrt man über die Beratungen größtes Stillschweigen, da erst die Koalitionsparteien morgen vormittag zusammentreten, um gemeinsam mit der Regierung die Lage zu beraten. Das eine kann jedenfalls schon gesagt werden, daß sich die bayerische Regierung einen Eingriff in die Polizeigewalt nicht gefallen lassen wird, sondern auf der den Ländern zugestandenen Selbständigkeit beharren wird. Es ist sicher, daß die Koalitionsparteien die Regierung stützen werden.

Sozialistische Ausschreitungen in Nürnberg

Nürnberg, 5. September.

Am Sonnabend war eine von den Sozialisten einberufene „Protest"-Versammlung mit dem Thema: „Für die Republik, gegen den politischen Meuchelmord" anberaumt worden. Die Versammlung wurde gestattet, jedoch der vorgesehene Umzug verboten. Landtagsabgeordneter Klingler und Stadtrat Cove, die in erster Linie die Massen entfesselt hatten, lehnten die Verantwortung für die Folgen ab. Klingler gebrauchte u. a. die Wendung, er lasse sich den Rückweg nicht vorschreiben, auch wenn es knalle. Von der Polizeibehörde waren zum Schutze der inneren Stadt bis nach dem Marktplatz führenden Straßen abgesperrt worden, den Versammlungsteilnehmern jedoch zum Abzug bestimmte Straßen freigegeben. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung war auch die Bayreuther Landespolizei herangezogen worden. Nach der Versammlung zogen radaulustige junge Leute in die durch Drahtverhau abgesperrte Horngasse. Dort verspotteten, verhöhnten und bespuckten diese Versammlungsteilnehmer die Polizeimannschaften, holten einige von den Autos herunter und verprügelten sie. Der Kommandant forderte wiederholt die Radaumacher auf, den Platz zu verlassen, und drohte schließlich, feuern zu lassen. Als sich die Radaumacher trotzdem nicht entfernten, ließ er zunächst in die Luft Schreckschüsse abgeben. Als auch das nichts nützte und die Lage immer bedrohlicher wurde, warf die Polizei einige Handgranaten, wobei 12 der Angreifer verletzt wurden. Einer der Verletzten, der 30 Jahre alte Peter Steinmetzer, starb in der vergangenen Nacht im Krankenhaus. Der Schaden, der durch die Ausschreitungen verursacht wurde, beläuft sich auf weit über 100 000 Mark. Am Sonntag herrschte Ruhe.

Das Miesbacher Tageblatt

In dem zum Landbezirk München gehörenden Miesbach ist auf Dienstag, dem 6. September, die Nummer 1, Jahrgang 1, des Miesbacher Tagblatt im Verlag von Paul Wolff erschienen. Für die Redaktion verantwortlich zeichnet Professor Peter Stempfle in Miesbach. Das Blatt hat das Format und die Aufmachung des Miesbacher Anzeigers, der sein Erscheinen eingestellt und verkauft worden ist. Das Miesbacher Tagblatt gibt an, in erster Linie die wirtschaftlichen Interessen des Bezirks Miesbach und seiner Nachbarbezirke vertreten zu wollen, darüber hinaus aber in freimütiger Weise und in vaterländischem Sinne in allen Ereignissen des täglichen Lebens Kritik zu üben, ganz gleichgültig, ob sich die zu kritisierenden Vorgänge im Heimatlande Bayern oder jenseit der weißblauen Grenzpfähle abspielen.

Die Verfassungsmänner an der Arbeit

Sozialistische Ausschreitungen in Herford

Herford, 5. September.

Zu großen Störungen kam es hier am Sonntag anläßlich der Fahnenweihe der Angehörigen der ehemaligen Infanterie-Regimenter 15 und 55 durch die Teilnehmer eines großen Demonstrationszuges der linksgerichteten Kriegsbeschädigten und sozialdemokratischen Gewerkschaften, die gegen den Krieg demonstrierten. Die Parteien beider Richtungen hatten in letzter Stunde Abmachungen getroffen, daß die beiden Züge friedlich durch die Stadt marschieren sollten. Von linksstehender Seite sind diese Abmachungen jedoch nicht gehalten worden. Die Sozialdemokraten hatten sich aus der weiteren Umgebung mit reichlichen Verstärkungen, besonders von kommunistischer Seite, versehen. Sie drangen in den Zug der soldatischen Vereine und schlugen auf diese los. Es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen. Die Fahnenweihe wie auch der Feldgottesdienst wurden daher unmöglich gemacht. Der hiesige sozialdemokratische Bürgermeister erklärte als Vertreter der Polizeiverwaltung, für den Schutz der soldatischen Vereine nichts tun zu können, und forderte diese auf, das Fest abzubrechen. (!!) In später Abendstunde versammelte sich eine durch die Kommunisten aufgehetzte Menge vor dem Lokal der soldatischen Vereine. Eine in später Abendstunde eingetroffene Verstärkung der Schupo verhinderte jedoch weitere Ausschreitungen.

Sitzung des Reichskabinetts

Berlin, 6. September.

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts wurde ein vorläufiger Bericht des Wiederaufbauministers über die Verhandlungen in Wiesbaden erstattet. Wie die „D. A. Z." mitteilt, können gemäß den mit der französischen Regierung getroffenen Vereinbarungen Mitteilungen über den Inhalt des Abkommens noch nicht gemacht werden. Im Anschluß an die Erhöhung der Beamtengehälter usw. stimmte das Kabinett dem vom Reichsarbeitsminister vorgelegten Grundsätzen zur Aufbesserung der Kriegshinterbliebenenrenten usw. zu.

Wahrung des Gesichtes?

Wenn man die Verbote kommunistischer Zeitungen sich ansieht, so fällt dabei etwas auf. Bei diesen Verboten wird, wie insbesondere in dem Fall des Frankfurter „Kommunisten", ausdrücklich gesagt, daß es sich um Verstöße gegen die Verordnung des Reichspräsidenten handle. Das deutet klar darauf hin, daß in diesen Fällen keineswegs ein Verbot aus der Tendenz des betreffenden Blattes heraus begründet werden soll, wie das in dem Fall des Verbots der „Deutschen Zeitung" geschehen ist. Da zudem diese Verbote reichlich spät kommen, ist man versucht, anzunehmen, daß sie in erster Linie mit zur Wahrung des guten Gesichtes erlassen worden sind.

Ein Schutzgesetz gegen Verleumdungen

Wie das „B. T." aus parlamentarischen Kreisen erfährt, sind bei den zuständigen Stellen bereits Vorarbeiten im Gange zur Schaffung einer Novelle zum Strafgesetzbuch, die sich, entsprechend der Ankündigung des Reichskanzlers in seiner Stadthausrede, mit dem Schutze der persönlichen Ehre parlamentarisch und politisch tätiger Persönlichkeiten beschäftigt. Man steht auf dem Standpunkt, daß mit der Erledigung der Frage eines solchen Schutzes nicht so lange gewartet werden kann bis das gesamte Strafgesetz reformiert ist. Die erwähnte Novelle dürfte bis zum Zusammentritt des Reichstages fertiggestellt sein.

Regierung, Verfassung und Rechtsstaat

von

Professor Dr. U. Kahrstedt, Göttingen.

Die Regierung der Republik hat sich zum Senatus Consultum ultimum entschlossen: die Konsuln sollen zusehen, daß die Republik keinen Schaden nimmt. Man hält vergebens Umschau, wer der Republik ans Leben will; eine Republik beseitigen, bedeutet doch offenbar: eine Monarchie ausrufen oder vorbereiten. Wer soll als Monarch ausgerufen werden, wer ist der Prätendent, der die bestehende Staatsform gefährdet? Bisher gehörte zur Monarchie stets ein Monarch, seit wann ist es möglich, eine Monarchie zu schaffen, ohne daß jemand da ist, den Thron zu besteigen? Solche Behauptungen von der Bedrohung des Staates sind ganz gut zur Agitation in einer erregten, nie nachprüfenden und nachdenkenden Versammlung; daß irgend ein Führer von links, daß gar irgend ein verantwortlicher Staatsmann im Ernst glaubt, die Republik sei gefährdet, weil Erzberger erschossen wurde, soll man uns nicht zumuten zu glauben.

In dem Aufruf der Regierung werden zwei ganz verschiedene Dinge vermischt, die Begünstigung von Gewalttaten und die Verfolgung bestimmter politischer Ziele. Es wird vorausgesetzt, daß Träger einer bestimmten, der herrschenden Regierung feindlichen politischen Ansicht in letzter Linie an einer bestimmten Gewalttat schuldig seien, deswegen wird jeder Kampf gegen die bestehende Staatsform verboten. D. h. die Regierung zielt im Anschluß an eine Mordtat, ehe irgend eine Feststellung über den Täter gemacht ist, nach einer bestimmten Seite. Bisher gehörte es allemal zum Begriff des Rechtsstaates, daß erst die Gerichte sprachen und dann geurteilt wurde, wer schuldig oder mitschuldig war. Es werden heute die Grundlagen des Rechtsstaates umgestürzt, und das in einem Atem mit der Versicherung, man wolle die Gesetze schützen. Hat eine Regierung das Recht, ohne irgend welche Beweise die Mitschuld an einem noch unaufgeklärten Verbrechen oder Vergehen öffentlich zuzuschieben wem sie Lust hat? Ein juristisch zulänglicher Beweis, daß der von der Seite, gegen die sich die ganze Kundgebung richtet, „offen und in rohester Form" zum Morde aufgefordert sei, dürfte nicht eben leicht sein, und die Behauptung, daß in letzter Zeit Organisationen, Vereine, Gruppen und Persönlichkeiten an Bedeutung gewinnen, die zur Uebertretung der Gesetze auffordern, ist kein Ruhmestitel für die Regierung, die den Aufruf erließ. Wenn einer Staatsregierung Personen, also namentlich aufzuführende Individuen, bekannt sind, die sich dieses Vergehens schuldig machen, so ist es ihre Pflicht, alsbald die gesetzlich vorgeschriebenen gerichtlichen Mittel einzusetzen. Wenn sie das nicht tut, sondern diese Anschuldigung lediglich im Rahmen einer rein politischen Kundgebung erhebt, so kann der objektive Beobachter daraus nur folgern, daß die Grundlage ihrer Behauptung nicht so stark ist, daß sie eine Bemühung der Gerichte ohne Aussicht auf Mißerfolg wagen kann. Oder aber es liegt das Geständnis vor, daß die Regierung die Verfolgung ihr bekannt gewordener Vergehen unterlassen hat. Ein Drittes gibt es nicht. Die Reichsregierung hat sich wohl in der Hitze des Gefechts nicht ganz klar gemacht, was ihr Aufruf bedeutet. Eine Partei oder eine politische Gruppe mögen in den Grenzen, die das Strafgesetzbuch zieht, politische Gegner aller möglichen Schandtaten zeihen — man wird hierbei in einer demokratischen Republik manches passieren lassen, was unserem Gefühl vor 1918 widersprochen hätte — aber es bedeutet ein vollkommenes Verkennen des Wesens und der Aufgaben einer Regierung, wenn diese solche Vorwürfe erhebt, das sind Dinge, wie sie wohl in südamerikanischen Republiken gelegentlich vorgekommen sind, aber selbst dort als nicht korrekt empfunden wurden.

Aber nehmen wir selbst einmal an, es bestünde irgendwelcher Zusammenhang zwischen einer bestimmten Gewalttat und Angehörigen einer politischen Richtung, die auf Abänderung der bestehenden Staatsform hinzielen, es bleibt unlogisch und rechtlich unmöglich, diese Bestrebungen mit einem gemeinen Verbrechen auf eine Linie zu stellen, denn es gibt tausend Formen des politischen Kampfes, die mit Gewalttaten oder anderen Verbrechen nicht das mindeste zu tun haben.

Aber nicht genug damit, daß die Regierung in ihrem Aufruf zwei ganz verschiedene Dinge vermischt und eine ganze politische Richtung, die sie bekämpfen will, mit einem bestimmten Verbrechen in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109062-13/fragment/page=0001

Zusammenhang bringt, ehe die Gerichte gesprochen haben, man erweckt sich nur schwer des Eindrucks, daß der zweite Schritt darin bestehen soll, daß die Handlung, die den Anlaß zu der ganzen Aktion gegeben hat, überhaupt ausgeschaltet werden wird und nur die Ausnahmemittel gegen die künstlich herbeigezogene politische Richtung übrig bleiben.

Die Regierung wird Gelegenheit haben, zu zeigen, inwieweit diese Besorgnis unberechtigt ist und der Erlaß nur aus Ungeschick eine Aufhebung des Rechtsstaates darzustellen scheint. In Zeitz, Wulferstedt, Halberstadt, Magdeburg und Potsdam sind in der letzten Zeit von Angehörigen sozialistischer Parteien, und zwar bei parteiamtlichen Veranstaltungen, Verbrechen verübt worden, die sich von der tätlichen Beleidigung bis zum versuchten Mord oder mindestens Totschlag steigern. Die Regierung will alle Veranstaltungen, bei denen Gewalttätigkeiten oder Aufforderungen zu solchen zu erwarten stehen, verbieten. In einem halben Dutzend Fällen ist erwiesen, daß bei Veranstaltungen der Linksparteien diese Bedingungen erfüllt sind, wird die Regierung solche Veranstaltungen verbieten?

Die S. P. D. verkündet, daß sie demonstrieren will u. a. „für Verhinderung der militaristisch-nationalistischen Kundgebungen". Es ist an sich dankenswert, daß das so offen ausgesprochen ist, die Maske von Demokratie ist dabei endlich in einem unbedachten Augenblick gefallen. Die Forderung der Sozialdemokratie lautet: Aufhebung der Gleichheit vor dem Gesetz, Beschränkung des Rechtes, seine Anschauungen durch Kundgebungen im Rahmen des Vereinsgesetzes zu vertreten, auf einen Teil der Staatsangehörigen. Die Verfassung sieht dieses Recht für alle Staatsangehörigen gleichermaßen vor. Warum hat die Regierung, die diese Verfassung schützen will, eine solche Kundgebung nicht verboten, trotzdem der Wortlaut ihres Programms offen einen Angriff auf die Verfassung darstellt? Wird sie es in Zukunft tun?

Die „Berliner Volkszeitung" verlangt, daß nur solche Leute Beamte werden dürfen, die Ludendorff und Helfferich als schuldig an dem Zusammenbruch erklären. Aus den Akten der Entente (Keynes, Sir Philippe Kerr, Lord Fisher, Pichon) geht hervor, daß die Entente Ende Oktober 1918 sehr milde Waffenstillstandsbedingungen stellen wollte, und erst auf die deutsche Revolution hin den Ruin Deutschlands beschloß. Doch das nebenbei: selbst wenn die „Volkszeitung" sachlich recht hätte: darf die Befähigung zur Bekleidung staatlicher Stellen nach der Verfassung von der Anschauung über bestimmte geschichtliche Vorgänge abhängig gemacht werden? Nein, also ist die Aeußerung des Blattes ein Anschlag auf die Verfassung. Wird es für vierzehn Tage und im Wiederholungsfall für drei Monate verboten? Wenn nein, dann ist der Beweis erbracht, daß es sich nicht um den Schutz der Verfassung, sondern um Bekämpfung einer politischen Richtung durch Ausnahmegesetze handelt! Dann ist aber zugleich, und das gibt doch zu denken, ein Zustand erreicht, der beinahe dem zaristischen Rußland ähnelt, in dem es ebenfalls verboten war, über bestimmte, der Geschichte angehörende Vorgänge, z. B. den Tod Pauls I., bestimmte Urteile zu fällen. Der deutsche Rechtsstaat ist in ernster Gefahr.

Protest gegen die Zeitungsverbote

In einem Schreiben an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler in Sachen der neuesten Verordnung spricht der Verein Deutscher Zeitungsverleger die Besorgnis aus, daß

1. der Tatbestand des § 1 der Verordnung nicht scharf genug umrissen ist, um jeden Zweifel über seine Tragweite auszuschließen;

2. die Entscheidung über das Vorliegen des Tatbestandes des § 1 in die Hand der örtlichen Polizeibehörden gelegt und damit die Gefahr einer ungleichmäßigen Handhabung der Verordnung gegeben ist;

3. nach Erklärung von zuständiger Seite die Verordnung auch anwendbar sein soll auf Grund von Vorgängen, die vor dem Inkrafttreten der Verordnung liegen.

Diese drei Momente bewirkten eine Rechtsunsicherheit, die der Presse die Erfüllung ihrer Aufgaben im Dienste von Reich und Volk unmöglich machen müsse.

Der Verband der ostdeutschen Presse hat gestern dem Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer einen Einspruch gegen das vom Polizeipräsidium Königsberg erlassene Verbot der „Ostpreußischen Zeitung" übersandt. Nach der Begründung des Polizeipräsidiums ist das Verbot der „Ostpreußischen Zeitung" wegen einer aus der widerspruchslosen Wiedergabe der Rede des Hauptschriftleiters Bäcker auf dem deutschnationalen Parteitag resultierenden Zustimmung und wegen der Ausführungen des Leitartikels in Nr. 41 des Blattes erfolgt.

Die Tagung des Völkerbundes

Genf, 5. September.

Im Reformationssaale fand heute vormittag die Eröffnung der Völkerbundsversammlung statt. Die Delegierten hatten sich zahlreich eingefunden und in alphabetischer Reihenfolge Platz genommen. Bekanntlich ist jeder Staat durch je drei Haupt- und je drei Nebendelegierte vertreten. Die argentinischen Delegierten haben ihre Sitze noch nicht wieder eingenommen, was selbstverständlich zu mannigfachen Kommentaren Veranlassung gab. Das Büro nahm seine Plätze nach der Bestimmung des gegenwärtigen Völkerbundspräsidenten. Wellington Koo (China) hielt seine Begrüßungsansprache englisch, was den französischen Delegierten kein besonderes Vergnügen zu bereiten schien. Die Rede wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört. Als er die Vertreter der im letzten Jahre neu aufgenommenen Staaten begrüßt hatte und dabei auf die sichtbare Entwicklung des Völkerbundes hinwies, machte es beinahe den Eindruck, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, den Motta in seiner Schlußansprache im letzten Jahre erwähnt hatte. Man lauschte in lautloser Stille, aber Wellington Koo begnügte sich mit einer ganz vorsichtigen Andeutung über zukünftige Möglichkeiten, und manche Ententekreise werden sicher erleichtert aufgeatmet haben, als er seine Phrase beendet hatte.

Zu der Nachmittagssitzung fanden sich fast alle Delegierten frühzeitig ein. Um 4 Uhr 20 Minuten eröffnete Präsident Wellington Koo die Versammlung, die nun zur Wahl des Präsidenten überging. Nach dem Reglement wird die Wahl in geheimer Abstimmung vorgenommen. Es kommt dabei zu interessanten Zwischenfällen: Balfour nennt als Präsidenten den Führer der holländischen Delegation, Van Karnebeek, während die rumänische Delegation Da Cunha vorschlägt, der sich während der letztjährigen Völkerbundsversammlung durch seine temperamentvollen Reden ausgezeichnet hat. Der Vertreter Columbiens, Restrepo, protestiert ziemlich lebhaft gegen die öffentliche Nominierung der Kandidatur und beruft sich auf Artikel 20 des Reglements. Der Präsident erklärt sich bereit, auf die Nominierung zu verzichten, auch die Versammlung beschließt, dem Wunsche Restrepos zu folgen und die Wahl gemäß dem Reglement vorzunehmen. In der ersten Wahl fielen auf van Karnebeek 19, Da Cunha 12, Blanco (Uruguay) 4 und Motta 2 Stimmen. Da eine absolute Stimmenmehrheit von 20 Stimmen erforderlich ist, fand eine Stichwahl zwischen van Karnebeek und Da Cunha statt, bei der van Karnebeek 21, Da Cunha 16 Stimmen erhielt. Der Präsident Wellington Koo führte den neuen Vorsitzenden durch einige freundliche Worte ein, und van Karnebeek übernimmt nunmehr das Präsidium. Er spricht mit leiser, aber für den großen Saal etwas zu dünnen Stimme einige Worte des Dankes. Bevor der neue Präsident zur Wahl der Vizepräsidenten übergehen will, beantragt Branting, daß entsprechend dem letztjährigen Verfahren diese Wahl bis nach der Konstituierung der Kommission aufzuschieben sei. Der Vorschlag Brantings auf Verschiebung der Wahl wird von der Versammlung angenommen. Der nächste Punkt ist die Festsetzung der Tagesordnung, die auf morgen verschoben wird.

Italienischer Patriotismus

Rom, 6. September.

Wie die „Agenzia Stefani" meldet, gestalteten sich die Kundgebungen der katholischen Jugend, die in diesen Tagen stattfanden, zu glänzenden Aeußerungen des Patriotismus und der Ergebenheit für das Königshaus. Gestern sind zum ersten Male Nationalfahnen im Vatikan erschienen. Am Vormittag haben mehrere Tausend Angehörige katholischer Jugendvereine in der Peterskirche der vom Papst gehaltenen Messe beigewohnt. Bei seinem Eintritt und beim Verlassen der Basilika wurden dem Papste Huldigungen dargebracht. Nach der Messe begaben sich die Jugendvereine in feierlichem Zuge zum Denkmal Viktor Emanuels, vor dem sie zum Zwecke der Huldigung die Fahnen senkten und unter Absingen vaterländischer Lieder vorbeizogen. Alle Zeitungen heben die Bedeutung der Tatsache hervor, daß nationale Fahnen in Gegenwart des Papstes im Vatikan erschienen sind.

Rechtsbeschwerde gegen die Entscheidungen der Pachteinigungsämter

In Nr. 49 der Preußischen Gesetzsammlung vom 19. August 1921 werden die neuen, von den zuständigen Ministerien unterm 23. Juli 1921 erlassenen Abänderungen und Ergänzungen zur Preußischen Pachtschutzordnung veröffentlicht.

Danach ist in Zukunft gegen die Entscheidung des Pachteinigungsamtes die Rechtsbeschwerde an das Landgericht zulässig. Sie muß bei dem Pachteinigungsamte, dessen Beschluß angefochten wird, oder bei dem Beschwerdegerichte binnen 2 Wochen nach Verkündung der Entscheidung und, falls die Beschwerdeführer bei der Verkündung nicht gegenwärtig und vertreten waren, spätestens binnen 2 Wochen nach der Zustellung zu Protokoll des Schriftführers oder schriftlich eingelegt werden. Sie soll mit Gründen versehen sein und einen bestimmten Antrag enthalten. Die Beschwerde kann nur darauf gestützt werden, daß die Entscheidung auf einer Verletzung des Gesetzes beruht. Doch ist nach § 27 Abs. 2 der Verordnung die Entscheidung stets als auf einer Verletzung des Gesetzes beruhend anzusehen:

wenn die Bestimmungen des § 2 Abs. 2 der Pachtschutzordnung vom 25. Januar 1921, wonach die Pachteinigungsämter nur eingreifen dürfen, „insoweit sich das Verhalten eines Beteiligten entweder als wucherische Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit oder unter Berücksichtigung der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse offenbar als eine schwere Unbilligkeit darstellt, oder insoweit es zur Folge hätte, daß der andere Teil in eine wirtschaftliche Notlage gerät", nicht beachtet sind;

wenn dem Beschwerdeführer vor der Entscheidung das gerichtliche Gehör nicht gewährt worden ist, oder

wenn ein Verfahrensmangel der im § 551 Ziffer 1—5, 7 der Zivilprozeßordnung bezeichneten Art vorliegt.

In dem Verfahren vor dem Beschwerdegerichte können sich die Parteien auch selbstvertreten oder durch eine mit schriftlicher Vollmacht versehene Person vertreten lassen. Es herrscht also kein Anwaltzwang. Ueber die Rechtsbeschwerde entscheidet das Landgericht durch eine Zivilkammer. Das Beschwerdegericht ist an die tatsächlichen Feststellungen der angefochtenen Entscheidung gebunden. Neue Tatsachen dürfen nur insoweit berücksichtigt werden, als sie zur Begründung eines wesentlichen Mangels des Verfahrens vorgebracht werden. Die Bestimmungen über die Rechtsbeschwerde treten mit dem 2. September 1921 in Kraft. Man hat also entgegen den übereinstimmenden Anträgen des Landbundes und der Pächter- und Verpächterverbände leider davon abgesehen, die Rechtsbeschwerde auch für die bereits ergangenen Entscheidungen der Pachteinigungsämter zuzulassen..

Für das Verfahren in der Beschwerinstanz werden im allgemeinen dieselben Gebühren erhoben wie von den Pachteinigungsämtern, doch sind die Kosten einer ohne Erfolg eingelegten Beschwerde dem Beschwerdeführer zur Last zu legen. Wir können daher allen unseren Mitgliedern nur nochmals dringend raten, sich möglichst in allen Fällen, anstatt an das Pachteinigungsamt lieber an die von den meisten Kreisländbünden eingerichtete Pachteinigungsstelle zu wenden. Sie werden dort im allgemeinen nicht nur besser, sondern vor allem auch erheblich billiger bedient werden.

Dagegen ist es gelungen, die Forderung des Landbundes und der Pächter- u. Verpächter-Verbände auf eine fachkundige Besetzung der Beisitzerstellen durchzudrücken. Nach Ziffer VII der neuen Verordnung sind nämlich die Beisitzer zum Pachteinigungsamte bis zum 15. November neu zu nennen. Die Ernennung erfolgt durch den Präsidenten des Landeskulturamts auf Vorschlag der Landwirtschaftskammer, die ihrerseits vor Aufstellung der Vorschlagsliste eine bestehende Pächter- und Verpächter-Verbände mit ihren Vorschlägen hören soll. Die Vorschlags- und Ernennungslisten sind für Pächter und Verpächter nach Klein-, Mittel- und Großpachtungen getrennt aufzustellen. Die Größe des gepachteten und verpachteten Besitzes eines jeden ist dabei zu vermerken. Bei der Berufung der Besitzer zu den Spruchsitzungen des Pachteinigungsamtes soll der Vorsitzende auf die Größe und Bewirtschaftungsart der zur Beurteilung stehenden Grundstücke nach Möglichkeit Rücksicht nehmen.

Das Gesetz über die unehelichen Kinder. Das Reichsjustizministerium stellt fest, daß das Gesetz über die Rechte unehelicher Kinder noch nicht im September zu erwarten sei und zwar werde dieses Gesetz nicht die Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern durchführen, sondern eine Besserstellung der unehelichen Kinder gegenüber dem jetzigen Recht. Ein neues Gesetz über das Ehescheidungsrecht liegt noch nicht vor.

Beginn der nordischen Woche in Lübeck

(Eigener Bericht.)

Am 1. September wurde in Lübeck die Nordische Woche eröffnet. Die Straßen der Stadt erinnern an die stolzesten, deutschen Tage. Aus allen Fenstern hängen die schwarz-weiß-roten Fahnen, und nur ab und zu wird man durch die schwarz-rotgoldene Flagge eines öffentlichen Gebäudes an düstere Tage gemahnt. In den Straßen drängt sich eine bunte Menschenmasse, überall sieht man die weißen Abiturientenmützen der nordischen Studenten, hört man nordische Laute, leuchtet das Blond nordischer Frauen. — Es ist staunenswert, was ein Schaufensterwettbewerb aus einer Stadt machen kann. Lübeck strahlt förmlich, das großstädtische Gepräge gibt der alten Hansestadt den Glanz vergangener Tage wieder und der Pulsschlag kräftigen Handelslebens hat den kleinsten Krämerladen gepackt. In den Schaufenstern wechseln die nordischen Farben, schwedisches Blaugelb, norwegisches Rotweiß und der Danebrog grüßen die fremden Gäste. Geschickte Farbenzusammenstellungen, raffinierter Faltenwurf, feinste Kenntnis von der Wirkung weicher und eckiger Linien beherrschen die Ausstellung der ersten Kaufläufer und sind ein Zeichen der neuen Kunst.

Um 11 Uhr vormittags stauten sich die Menschen vorm Rathaus. Ein Auto nach dem andern brachte die Herren der Regierung. Der große Bürgerschaftssaal war bis auf den letzten Platz besetzt. Allein 70 Pressevertreter waren geladen. Man sah finnische Studenten, die besonderen Gäste des Lübecker Senates, neben den ersten Männern der Kaufmannschaft, den Künstlern und Gelehrten. Als Ehrenvorsitzender leitete der Lübecker Bürgermeister Dr. Neumann die Eröffnung der nordischen Woche ein. In eindringlichen Worten wies er auf dieses Werk des Friedens hin, sprach er von der Blutsverwandtschaft der deutschen und nordischen Völker und der engen Verknüpfung in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung. Nach den beifällig aufgenommenen Worten des Bürgermeisters begrüßte Senator Dr. Kalkbrenner die fremden Gäste. Er sprach von der Wichtigkeit, die Bedeutung der „Nordischen Woche" außerhalb von Lübecks Mauern zu verkünden. Er dankte der Reichsregierung, daß sie ihre Vertreter entsandt und begrüßte die Vertreter von Mecklenburg, Preußen, Bremen und Hamburg. Ihm antwortet im Namen der Reichsregierung Staatssekretär Dr. Lewald, der den Vertretern der nordischen Länder noch einmal den Dank Deutschlands für das Verständnis und die Teilnahme der nordischen Länder in schweren Kriegszeiten aussprach. Er schloß mit dem Wunsche, die „Nordische Woche" möchte eine dauernde Einrichtung zur Förderung der gegenseitigen Interessen werden.

Hierauf erhob sich der dänische Gesandte Graf Moltke und sprach von Dänemarks Sympathie für den Gedanken einer „Nordischen Woche". Seinen Worten schloß sich der schwedische Gesandte v. Essen an und führte aus, wie man in Schweden die größten Hoffnungen auf diese Versuche einer engeren wirtschaftlichen Beziehung mit Deutschland setze.

Der finnische Gesandte Dr. Holm dankte im Namen Finnlands für die Unterstützung Deutschlands in den Tagen, als der russische Koloß Finnland zu erdrücken drohte.

Nach den Vertretern der nordischen Länder sprach Minister Boden für den Reichsrat und erklärte, daß die „Nordische Woche" im Reichsrat den wärmsten Widerhall fände.

Ihm schloß sich im gleichen Sinne der Vertreter Preußens, Ministerialrat Dr. Willms an.

Die Reihe der Reden beschloß der Vertreter der deutschen Presse, Dr. Piper. In beredten Worten legte er die Wichtigkeit einer Verbreitung der Vorgänge in Lübecks Mauern während der „Nordischen Woche" dar.

Die erhebende Eröffnung hinterließ wohl in jedem der Anwesenden das frohe Gefühl von nicht zu besiegender deutscher Kraft.

Die warmen Wünsche der deutschen Redner, der feste Wille und das aufrichtige Entgegenkommen der nordischen Vertreter weckte die frohe Hoffnung, daß Deutschlands Weg in die Welt über den germanischen Norden gehe.

Hochschulnachrichten. Wie die „Hochschulkorr." hört, ist zum Nachfolger des nach Zürich berufenen Professors Schrödinger auf den Lehrstuhl der theoretischen Physik an der Universität Breslau der Berliner Universitätsdozent Dr. Friedrich Reiche in Aussicht genommen. — Der Honorarprofessor für praktische Theologie an der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Bonn Dr. theol. Eduard Simons ist zum Konsistorialrat ernannt worden; ihm ist die erledigte Stelle eines nebenamtlichen geistlichen Rats beim Evangelischen Konsistorium der Rheinprovinz verliehen worden. Prof. Simons, ein geborener Elberfelder, war von 1911 bis 1920 ord. Professor in Marburg. — Das durch die Emeritierung des Professors K. Arnold zum 1. Oktober d. J. freigewordene Ordinariat für Chemie an der Tierärztlichen Hochschule in Hannover ist dem ord. Professor Dr. Peter Dandwortt an der Universität Greifswald übertragen worden. — Dem im Volksgesundheitsamt des deutschösterreichischen Bundesministeriums für soziale Verwaltung in Verwendung stehenden Sesanitätsinspektor, Privatdozent an der Universität Graz, Dr. Marius Kaiser, ist der Titel eines Sektionsrates verliehen worden.

Das Vorlesungsverzeichnis der Handelshochschule zu Leipzig für das kommende Wintersemester ist soeben erschienen. Es enthält wieder eine große Zahl von Vorlesungen und Uebungen, die teils an der Universität, teils im Gebäude der Handelshochschule gehalten werden. Vertreten sind hauptsächlich Staats- und Rechtswissenschaft, Erdkunde und Geschichte, Technologie, Handelsbetriebslehre, kaufmännische und politische Arithmetik, Buchführung und Bilanzkunde, deutsche und fremdsprachliche Handelskorrespondenz, Versicherungs-, Reklamewesen usw., für Kandidaten des Handelslehramts außerdem Vorlesungen über Philosophie und Pädagogik, sowie Uebungen im Handelslehrerseminar. Das Institut für Steuerkunde setzt seine im Sommersemester begonnene Tätigkeit auch im Wintersemester fort. Der Büchrevisorenkurs ist auf zwei Semester ausgedehnt und läuft künftig von Ostern zu Ostern, so daß er im kommenden Wintersemester ausfällt. — Immatrikulationen finden vom 17. Oktober bis 11. November statt. Beginn der Vorlesungen am 24. Oktober. Nähere Auskunft durch die Kanzlei, Ritterstr. 8/10, von der auch die Satzungen für 1,60 Mark, das Vorlesungsverzeichnis für 65 Pfennig und der neu erschienene Jahresbericht für 1919/20 und 1920/21 für 6 Mark zu beziehen sind.

Ein Altersheim der Dramatiker. Was die Schauspieler geleistet haben, könnten nun auch die Bühnendichter durchsetzen. Der Verband Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten hat im August d. J., wie der „Geistige Arbeiter" mitteilt, in Thal in Thüringen das dortige Kurhaus, ein Komplex von fünf Gebäuden mit 100 Zimmern und großem Garten, zum Zwecke eines Alterosheims erworben und wird von März nächsten Jahres ab den Betrieb eröffnen. Die ordentlichen Mitglieder des Verbandes erhalten für sich und ihre Familien kleine Wohnungen von drei Zimmern und Küche kostenlos überwiesen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109062-13/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 6. September.

„Indirekte" Gemeindesteuern

Ein eigenartiges Steuerbukett von den Ministern empfohlen.

Die preußischen Minister des Innern und der Finanzen haben in einem soeben veröffentlichten gemeinsamen Runderlaß die Frage der Genehmigung indirekter Gemeindesteuern allgemein geregelt. Diese Steuern sind für die Gemeinden notwendig geworden, nachdem den Gemeinden und Gemeindeverbänden durch das Inkrafttreten des Reichseinkommensteuergesetzes die Möglichkeit genommen ist, ihre bisher ergiebigste Steuerquelle, die Einkommensteuer, dem Bedarf entsprechend fernerhin auszuschöpfen.

Auch muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß ihnen die Erhebung von Realsteuern nicht mehr ausschließlich vorbehalten bleibt. Die Minister sind daher bereit, die bisherigen, die Beweglichkeit der Gemeinden einengenden Anordnungen im allgemeinen fallen zu lassen und grundsätzlich die Erhebung indirekter Steuern in weitestem Umfange zuzulassen. Infolgedessen werden die entgegenstehenden früheren Erlasse aufgehoben, so daß Steuern auf das Halten von mechanisch betriebenen Klavieren, Fahrrädern, Wagen, Pferden, Automaten, Tauben, Enten, Gänsen und Katzen, von Schußwaffen usw. zugelassen werden können.

Die gesetzlichen Grenzen, die dem Erlaß indirekter Steuern gezogen sind, müssen natürlich auch in Zukunft beachtet werden. Zulässig sind nach wie vor Steuern auf den Verbrauch von Kartoffeln und Brennstoffen; ebenso ist nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts die Einführung einer Wildbret- und Geflügelsteuer unstatthaft. Dagegen steht nach preußischer Auffassung der Einführung einer Abgabe auf das Halten von Vieh das Reichstarifgesetz nicht entgegen.

Als weitere Verbrauchssteuern sind zulässig: Steuern auf Bier, Essig, Obstwein, Brennmaterialien und Fourage, auf den Verbrauch von Marktviktualien, flüssiger Kohlensäure, künstlichen Mineralwässern und Tafelgetränken. Beim Mineralwasser muß noch zunächst die Rechtslage darüber geklärt werden, ob die Reichsfinanzverwaltung neben der steuerlichen Belastung durch das Mineralwassersteuergesetz vom 26. Juli 1918 noch die Zulässigkeit einer besonderen Gemeindesteuer anerkennt. Ueberhaupt sind Steuerordnungen unzulässig, die reichsrechtlichen Vorschriften entgegenstehen oder die örtliche Einführung von Steuern vorsehen, die den vom Reich erhobenen Steuern gleichartig sind, z. B. Steuern auf Gewerbeeröffnungen, Personenkraftwagen und Auktionsumsätze.

Als weitere Steuern empfehlen die Minister den Gemeinden: Die Ankündigungs- oder Plakatsteuer, die jedoch alle amtlichen Bekanntmachungen steuerfrei lassen soll, eine Kutschwagen- und Luxuspferdesteuer, eine Personenfahr- oder Wagenmietsteuer. Bei der Steuer auf den Besitz von Schußwaffen sind niedrige Sätze vorgesehen. Gegen eine allgemeine Musikinstrumenten- und Dienstbotensteuer sprechen erhebliche Bedenken. Eine Steuer auf Beleuchtungskörper hätte im Hinblick auf die Erhaltung kultureller Werte, altererbten oder langjährigen Besitz sowie Gegenstände von künstlerischer Bedeutung zu schonen.

Monatsversammlung des „Stahlhelm"

Die Mitglieder der hiesigen Ortsgruppe des „Stahlhelms", Bundes der Frontsoldaten, trafen sich gestern abend im „Mars-la-Tour" zu einer Mitgliederversammlung, in deren Mittelpunkt ein Vortrag des Kameraden Asche-Torgau: „Frische Eindrücke aus Bayern" stand.

Nachdem zuvor Hauptmann Werner, der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, einleitende Worte gesprochen hatte, begann Kamerad Asche-Torgau seine frisch-fröhlichen Ausführungen über die jetzigen Zustände im Ordnungsstaat Bayern. Ihm war es vergönnt, selbst die Verhältnisse dort kennen zu lernen, die hoffen lassen, daß einst von Bayern aus die große nationale Welle Deutschland überfluten wird. Vielleicht — so führte der Redner weiter aus — ist die Zeit nicht mehr allzufern, da von Hannover aus eine neue Bewegung einsetzen wird, die, von Trotzkis letzten Goldmillionen finanziert, nochmals versuchen wird, Deutschland nach russischer Art umzuformen. Wenn dann irgendwo Not am Mann sein wird, im Kampfe gegen diese neue rote Flut, so wird man vertrauensvoll nach Süddeutschland blicken können, woher kräftige Hilfe gewiß sein wird.

Die Ausführungen des Kameraden Asche lösten des öfteren begeisterten Beifall aus und dürften dazu beigetragen haben, daß wir der Friedenszeit, der wir scheinbar entgegensehen, wo unter Umständen die Entscheidung über das weitere Fortbestehen und Wohlergehen Deutschlands hart auf hart erzwungen werden wird, zuversichtlich entgegengehen.

Den übrigen Teil des Abends füllten Besprechungen von Fragen mehr organisatorischer Art. Ueber die „Stahlhelm-Siedlung" bei Zöberitz soll, nachdem nochmals eine Besichtigung der Siedlung bei Reideburg erfolgen wird, erst später ein endgültiger Beschluß gefaßt werden. Ein Antrag auf Beschlußfassung über die Aufnahme von Veteranen wurde einstimmig angenommen mit der Begründung, daß der Frontgeist der alten Krieger von 1870/71 der gleiche war und geblieben ist, wie der von 1914. Ueber die Aufnahme von Vätern Gefallener wird späterhin entschieden werden. Mit einigen Ergänzungswahlen zu den Ausschüssen, die durch die vermehrte organisatorische Tätigkeit des „Stahlhelm" erforderlich geworden waren, schloß der Abend.

Ein Ferienkursus für Mediziner in Halle

Das Kriegsgefangenenamt der Deutschen Studentenschaft (Halle a. S., Alte Promenade 5 II) teilt mit:

Der Ferienkursus für Mediziner in Halle a. S. beginnt am 15. September. Persönliche Meldungen bei dem Universitätssekretariat vom 12. bis 18. September (Ausweise und Militärpapiere). Exmatrikulation an der Stammuniversität nicht erforderlich, da keine Immatrikulation in Halle stattfindet. Formelle Anerkennung kann erst durch den Reichsrat nach dessen Zusammentritt erfolgen. Voranmeldungen erbitten an obengenanntes Amt.

Der neue Schiedsspruch in der Metallindustrie

Das Ergebnis 19stündiger Beratungen.

Der staatliche Schlichtungsausschuß für Halle und den Saalkreis unter seinem Vorsitzenden, Herrn Professor Joerges, hat nach Verhandlungen am Sonnabend, den 3. d. M., von vormittags 10 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 Uhr bis 1 Uhr nachts unter Fortsetzung am Montag von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags folgenden Schiedsspruch gefällt, zu dem sich beide Parteien bis heute, Dienstag, nachmittag um 2 Uhr zu erklären haben:

I. Der Lohn für Facharbeiter wird wie folgt festgesetzt:

1. Mindestlohn:

a) für Arbeiter	unter 19 Jahren	3,80 ℳ die Stunde
b) „ „	zwischen 19 bis 21 Jahren	4,30 „ „ „
c) „ „	zwischen 21 bis 24 Jahren	5,40 „ „ „
d) „ „	über 24 Jahre	6,— „ „ „

2. Alle Arbeiter über 24 Jahre, die jetzt über 5,70 ℳ die Stunde im Zeitlohn verdienen, erhalten 30 ₰ Zulage, jedoch nicht über 6,90 ℳ Stundenlohn.
3. Diejenigen Arbeiter, welche zurzeit einen höheren Zeitlohn als 6,90 ℳ die Stunde haben, behalten ihren bisherigen Lohn.

II. Der Lohn für Angelernte wird wie folgt festgesetzt:

1. Mindestlohn:

a) für Arbeiter	von 18 bis 19 Jahren	3,55 ℳ die Stunde
b) „ „	von 19 bis 21 Jahren	4,05 „ „ „
c) „ „	von 21 bis 24 Jahren	5,10 „ „ „
d) „ „	über 24 Jahre	5,70 „ „ „

2. Alle angelernten Arbeiter über 24 Jahre, welche jetzt über 5,40 ℳ die Stunde im Zeitlohn verdienen, erhalten 30 ₰ Zulage die Stunde.

III. Der Lohn für Ungelernte wird wie folgt festgesetzt:

1. Mindestlohn:

a) für Arbeiter	von 18 bis 19 Jahren	3,30 ℳ die Stunde
b) „ „	von 19 bis 21 Jahren	3,80 „ „ „
c) „ „	von 21 bis 24 Jahren	4,80 „ „ „
d) „ „	über 24 Jahre	5,40 „ „ „

2. Alle ungelernten Arbeiter über 24 Jahre, welche jetzt über 5,10 ℳ die Stunde verdienen, erhalten 30 ₰ Zulage die Stunde.

IV. Der Mindestlohn für Jugendliche wird wie folgt festgesetzt:

a) für Arbeiter	von 15 bis 16 Jahren	1,85 ℳ die Stunde
b) „ „	von 16 bis 17 Jahren	2,15 „ „ „
c) „ „	von 17 bis 18 Jahren	2,45 „ „ „

V. Der Mindestlohn für Arbeiterinnen wird wie folgt festgesetzt:

1. Angelernte erhalten:

a) von 15 bis 16 Jahren	1,45 ℳ die Stunde
b) „ 16 „ 17 „	1,70 „ „ „
c) „ 17 „ 18 „	1,85 „ „ „
d) „ 18 „ 19 „	2,25 „ „ „
e) „ 19 „ 20 „	2,50 „ „ „
f) „ 20 „ 21 „	2,65 „ „ „
g) „ 21 „ 24 „	2,85 „ „ „
h) über 24 Jahre	3,15 „ „ „

2. Ungelernte erhalten:

a) von 15 bis 16 Jahren	1,45 ℳ die Stunde
b) „ 16 „ 17 „	1,70 „ „ „
c) „ 17 „ 18 „	1,85 „ „ „
d) „ 18 „ 19 „	2,15 „ „ „
e) „ 19 „ 20 „	2,40 „ „ „
f) „ 20 „ 21 „	2,50 „ „ „
g) „ 21 „ 24 „	2,75 „ „ „
h) über 24 Jahre	3,— „ „ „

VI. Lehrlinge sollen erhalten:

a) im 1. Lehrjahre	0,40 ℳ die Stunde
b) „ 2. „	0,75 „ „ „
c) „ 3. „	1,25 „ „ „
d) „ 4. „	1,75 „ „ „

Die Former- und Kessel-Schmiedelehrlinge erhalten 20 ₰ die Stunde mehr.

VII. Als Teuerungszulage erhalten:

a) Ledige	0,50 ℳ die Stunde
b) Verheiratete	0,70 „ „ „

Jugendliche erhalten die Hälfte dieser Sätze; Arbeiterinnen erhalten dieselben Sätze wie die Arbeiter (als Jugendliche die Hälfte, sonst wie a und b). Lehrlinge erhalten keine Teuerungszulage.

VIII. Der Lohn der Stücklohnarbeiter wird wie bisher auf der Lohngrundlage: 4 ℳ Mindestlohn und 15 Prozent errechnet. Zu dem so errechneten Verdienst tritt die bisherige Teuerungszulage

von 70 ₰ für Ledige und
von 90 ₰ für Verheiratete die Stunde.

Jedem Stücklohnarbeiter ist jedoch der nach vorstehenden Ziffern I, II, IV und V seiner Altersklasse entsprechende Mindestlohn zu gewährleisten und den in der höchsten Altersstufe (24 Jahre) stehenden Facharbeitern gemäß § 3 des Tarifes die Möglichkeit zu geben, daß sie 15 Prozent über den zu I festgesetzten Mindestlohn von 6 ℳ verdienen können.

Außerdem erhalten Stücklohnarbeiter die Teuerungszulagen nach VII.

IX. Für Gießereien und Kesselschmieden ist der Mindestlohn um 30 ₰ die Stunde höher.

Für Kesselreinigen und innere Kesselreparaturen wird ein Stundenzuschlag von 30 ₰ gezahlt.

X. Für das Herhalten eigener Werkzeuge wird wie bisher 15 ₰ für den Arbeitstag gewährt.

XI. Die Ziff. I—X festgesetzten Bezüge sind ab 11. August 1921 zu zahlen.

XII. Jede Partei ist berechtigt, ohne die Tarifsätze kündigen zu müssen, im Oktober 1921 Verhandlungen über die Neufestsetzung der Teuerungszulage mit Rückwirkung ab 1. Oktober 1921 zu verlangen.

XIII. Maßregelungen aus Anlaß des Streikes sind unzulässig. Die Arbeitnehmerorganisationen verpflichten sich, möglichst alle Arbeiter in die Betriebe zurückzuführen.

XIV. Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, die Arbeit spätestens am

Mittwoch, den 7. September 1921,

morgens zur gewöhnlichen Zeit wieder aufzunehmen.

Theater, Konzerte, Vorträge

— **Stadttheater.** Heute Dienstag abends 7½ Uhr gehen Schillers „Räuber" in Szene. Mittwoch „Der Barbier von Sevilla". Donnerstag abends 6½ Uhr „Die Walküre". Freitag „Die Räuber". Sonnabend „Der Barbier von Sevilla". Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Die goldene Eva". Sonntag abend „Siegfried".

— **Das Moderne Theater** hat für September wieder ein reichhaltiges, gediegenes Programm zusammengestellt, um den allabendlich im Theater weilenden zahlreichen Besuchern einige Stunden der heiteren Muse und Erholung zu bereiten. Als erster tritt der „Ansager" Béla Lénard auf, der in seinem ungarischen Dialekt es ausgezeichnet versteht, das Publikum nach seiner Art zu unterhalten. Seine Vorträge als Chansonier gefielen sehr gut. Käthe Müller als lustige Soubrette brachte Stimmung in die Gesellschaft, ebenso der sächsische Komiker Artur Thierfeld. Gustel Angerer, eine recht sympathische Künstlerin, erledigte ihre Aufgabe als Soubrette in gesanglicher Hinsicht vorzüglich, doch muß sie sich noch mehr Beweglichkeit aneignen. Interessant war Max Norton, der Mann mit dem Doppelmagen, oder der Froschteich im Menschen. Er nimmt eine Unmenge Flüssigkeiten (Wasser, eine Flasche Wein, 3 Glas Bier und nochmals Wasser) auf, zwischendurch verschluckt er einige lebende Frösche, ißt dann Abendbrot und nach kurzer Zeit kommen die Tiere wieder kreuzfidel zum Vorschein. Diese Prozedur war bewunderswert und dürfte wohl kaum Nachahmer finden. Lobend erwähnt seien noch die 2 Sanderos in ihrem Kombinationsakt, die sehr gute Leistungen vollbringen, ferner die Wiener Stimmungs-Type Helly Helm, der Humorist Oswin Müller, die Parodistin Friedel Beckers und der Bariton-Sänger Preuß-Dankward. Urkomisch wirkten die Vorträge des Kunstpfeifers Karl Pauli, die beim Publikum gute Aufnahme fanden. Erwähnt seien zuletzt noch das Duett Dankward mit seinen exzentrischen Tänzen, das seiner Aufgabe in jeder Hinsicht gerecht gerecht zu werden versuchte. Wie bereits schon oben erwähnt, bietet also der überaus reichhaltige Spielplan Gewähr für ein paar fröhliche Stunden im Modernen Theater.

— **Lieder und Arienabend im „Thaliasaal".** Es sei nochmals auf das morgen Mittwoch im „Thaliasaal" stattfindende Konzert des allen Hallensern bekannten Künstlertrios Emmi Lüdicke-Eckardt (Sopran), Bernhard Bötel (Tenor) und Eduard Möricke (Klavier) empfehlend hingewiesen. Karten bei Reinhold Koch.

— **Das Hallesche Stadttheater-Orchester** steht Gesellschaften und Vereinen wieder für Konzerte zur Verfügung. Anfragen und Aufträge nimmt der Orchestervorstand und Geschäftsführer Matthias Brandmaier entgegen. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hofmusikalienhandlung Reinhold Koch, Alte Promenade 1 a. (Siehe heutige Anzeige.)

— **Josef Plaut,** der ausgezeichnete Berliner Vortragskünstler, gibt bekanntlich am nächsten Freitag im „Thaliasaal" seinen diesjährigen Abend. Plaut unterscheidet sich von seinen Kollegen in erster Linie dadurch, daß er seine Sachen nicht nur vorzutragen, sondern auch gleichzeitig darzustellen vermag. So wird jeder einzelne Vortrag für den Zuhörer zu einem Erlebnis. Plauts ungewöhnliches Gestaltungsvermögen ist so vielseitig, daß es kein Gebiet gibt, das er nicht beherrscht. Karten bei Hothan.

— **Bad Wittekind.** Morgen Mittwoch wird gegen Ende des Abendkonzerts ein großes Prachtfeuerwerk abgebrannt. Abonnenten haben freien Zutritt.

— **Fortfall der Ortstaxe bei der neuen Portoerhöhung.** Wie wir hören, will die Reichspostverwaltung bei der neuen Tarifvorlage den Versuch machen, die in diesem Jahre eingeführte Ortstaxe wieder zu beseitigen, weil die Ortsbriefe die gleiche Arbeit wie die Fernbriefe erfordern. Wenn dies gelingt, soll der Brief bis 20 Gramm 1 Mark, der Doppelbrief 1,50 Mark, die Postkarte 50 Pfennig, die einfache Drucksache 20 Pfennig kosten.

— **In der städtischen Säuglingsheilstätte — Emilienheim —,** staatlich anerkannte Säuglingspflegeschule, Giebichensteiner Str. 6, beginnen am 1. Oktober neue Lehrgänge zur Erlernung der Säuglingspflege. Ferner findet im Oktober ein Mutterschulkursus für Mädchen und Frauen zur Erlernung der Grundbegriffe in der Säuglingspflege statt. Näheres siehe Anzeige.

— **Der Volkskirchenbund in der Georgengemeinde** veranstaltet am Freitag, den 8. September, abends 8 Uhr im Saale der Torschule einen Aussprachеabend. Es soll über die Ziele der Volkskirchenbewegung gesprochen werden (im Anschluß an die Ausführungen am letzten Vereinsabend). Auch Nichtmitglieder sind willkommen (auch solche aus anderen Gemeinden).

— **Schwindler.** Das Finanzamt Halle-Saalkreis in Halle (Saale) teilt uns mit: Es ist kürzlich vorgekommen, daß 4 Personen bei einer Steuerpflichtigen Haussuchung abgehalten haben. Die eine von ihnen hat sich als Kriminalkommissar des Landesfinanzamts ausgegeben und dabei ihr Lichtbild vorgezeigt, das mit einem Stempel versehen war. Die Ermittlungen haben ergeben, daß es sich um Schwindler gehandelt hat. Im Interesse der Steuerpflichtigen des Saalkreises wird darauf hingewiesen, daß die mit Haussuchungen beauftragten Beamten sich stets durch ein Schreiben des Finanzamts Halle-Saalkreis in Halle (Saale), mit Stempel und Unterschrift versehen, auszuweisen haben. Der Ausweis muß Name, Dienstbezeichnung und Wohnort enthalten sowie einen Vermerk, daß der Beamte mit der Haussuchung beauftragt ist.

— **Leichenlandung.** In der wilden Saale zwischen Hafenbahnbrücke und Florabad landete gestern nachmittag eine etwa 20 bis 25 Jahre alte unbekannte weibliche Leiche. Sie wurde nach dem Südfriedhof geschafft.

Vereins-Nachrichten

— **Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund.** Sippenabend am 7. September, abends 7 Uhr im Wintergarten. Karten für Einzeltische sind vergriffen. An der Kasse sind noch Karten für die Empore für Mitglieder zu 3 Mark, für Nichtmitglieder zu 5 Mark zu haben. Ausweis: Mitgliedskarte oder persönliche Bürgschaft durch anwesende Mitglieder.

Wetterbericht

Wettervorhersage des amtlichen Wetternachrichtendienstes für Mittwoch: trocken, nach kühler Nacht schnelle Erwärmung.

Hauptschriftleiter Helmut Bötcher.
Verantwortlich für den politischen Teil: Helmut Bötcher; für Volkswirtschaft, Provinz und Sport: Hans Heiling; für den lokalen Teil und Kommunalpolitik: Erich Sellheim; für Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung i. V. Lothar Heberer. — Für den Anzeigenteil Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S. Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei. Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Cabinet u. Rotkäppchen Sekt
Sonderfüllungen
Kloß u. Foerster, Freyburg a/U.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109062-13/fragment/page=0003

Stadtschützenhaus,

Franckestrasse 1
3 Minuten v. Hauptbahnhof.

Vornehmes **öffentliches** Verkehrslokal.

= **Gute Weine und Biere.** =
Säle für Festlichkeiten jeder Art.
Zimmer zu Konferenzen u. s. w.
= **Anerkannt gute Küche.** =

Ernst Hempel, Oekonom der Stadtschützengesellschaft,
früher langjähriger Küchenmeister des Hotels „Stadt Hamburg".

Modernes Theaters

Die führende Kleinkunst-Bühne.
Mac Norton,
Bèla Lonard, Friedel Beckers
und die anderen Kunstkräfte. Anf. 1/2 8 Uhr.

Bad Wittekind

Mittwoch, den 7. September 1921
beim Abend-Konzert

Gr. Pracht-Feuerwerk

Abonnenten frei!

Freitag, 9. Sept., 7 1/2 Uhr „Thaliasaal"

Heiterer Vortrags-Abend

Josef Plaut.

Literarisches! Musikalisches!
Kopien! Parodien!
Wer einmal herzlich lachen will, versäume den Besuch dieses Abends nicht.
Karten 11.80, 9.40, 7.00, 4.60 bei
Heinrich Hothan.

Vereinen und Gesellschaften steht das

Hallesche
Stadttheater-Orchester

für **Konzerte** wieder zur Verfügung.
Anfragen und Aufträge sind zu richten an den Orchestervorstand und Geschäftsführer **Matthias Brandmaier.**

Die Geschäftsstelle
Alte Promenade 1a (Fernruf 1199) in der Hofmusikalienhandlung Reinhold Koch.

Freitag, d. 9. 9. 21 nachm. 3 1/2 Uhr im Gasthof zum Mohr, Burgstr. 72. Straßenbahn 7, 8, 8 a, 9.

In der städtischen Säuglingsheilstätte „Emilienheim", staatlich anerkannte Säuglingspflegeschule,
Giebichensteiner Straße 6,
beginnen am **1. Oktober** neue Lehrgänge zur Erlernung der Säuglingspflege. Ausbildung von
1. **Säuglingsschwestern mit staatlicher Abschlußprüfung,**
2. **Säuglingspflegerinnen in der Familie mit Abschlußprüfung,**
3. **Unterweisung für Hospitantinnen.**

Ferner beginnt im Oktober ein Mutterschulkursus für Mädchen und Frauen zur Erlernung der Grundbegriffe in der Säuglingspflege; einmal wöchentlich 6—8 mal nachmittags.

Auskunft erteilt die Oberin des „Emilienheims".

Zurückgekehrt.
Dr. Burckhardt,

Zahnarzt.
Gr. Steinstraße 12.

Wratzke & Steiger, Hoflieferanten, Poststr. 9/10.
Juwelen — Gold — Silber.

Friedrich Ernst Haas
Lotte Haas
geb. Pöge
Vermählte.

Halle a. S., Dessauerstr. 7, den 6. Sept. 1921.

Zelida-Dauerwäsche

in stark und extra stark, ist ein Erzeugnis, welches Sie kennen lernen müssen.
— Die Ware rechtfertigt ihr Vertrauen! —
Verkaufsstelle:
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstraße 41.

MITTELDEUTSCHE

Kochkunst-, Hotel- und Gastwirtefach-Ausstellnng

verbunden mit Artikeln verwandter Gewerbe,
veranstaltet vom Verein der Gastwirte von Halle a. d. S. und Umgegend
vom 10. bis einschl. 18. September d. Js. in Halle a. d. S.
In allen Räumen der Saalschlossbrauerei u. d. Zoologisch. Gartens nebst Neubauten.
Täglich Konzert in beiden Lokalen. :: Hochinteressant. lehrreich für jedermann.
Geöffnet von 1/2 10 Uhr morgens bis 9 Uhr abends. Eintritt M. 3.—.

Regelmäßige Verbindung
von
H.D.S. **Stettin nach Reval**
und zurück durch den erstklassigen
Passagier- u. Frachtdampfer „Thorsten"
(Kpt. O. Blumenfeld).

Nächste Expeditionen am **Freitag, den 9. September, abends 10 Uhr** und **Freitag, den 23. September, abends 10 Uhr.** Die Passagiere müssen an den Abgangstagen bis 6 Uhr nachmittags an Bord sein. Die Seefahrt dauert nur 48 Stunden, daher günstigste Passagiergelegenheit. Nähere Auskunft durch

Mundt & Schütt, Stettin, Bollwerk 1.
Telegr.-Adr.: „Skandia". Fernspr. 535 u. 576.

R. Diedrich, Wasch- u. Plättanstalt,
Fleischerstr. 1 (Ecke Geiststr.). Fernruf 2545.
Größtes Spezialgeschäft für
Herrenstärkewäsche.
Elegante Ausführung. — Schnellste Bedienung.

Stadt-Theater
Mittwoch, d. 7. Sept., Anfang 7 1/2, Ende 10:
Der Barbier v. Sevilla
Kom. Oper v. Rossini.
Donnerstag:
Die Walküre.

Preiswert u. gut
kaufen Sie sämtliche
Unterzeuge und Strumpfwaren
in d. ersten Spezialgeschäft
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstr. 84. Gegr. 1888.

Blankenhainer Erholungsheim

f. Nerven-, Lungen-Rekonvaleszenten, Erholungsbedürftige. Liegehallen direkt am Walde ermöglichen bei jedem Wetter Freiluftkur.
Vorzügliche Verpflegung. Solide Preise.
Bes. Erich Severin, Blankenhain i. Thür. Tel. 7.

Ein **hervorragendes Fachblatt** seiner Art ist die
illustrierte Jagdwochenschrift
„St. Hubertus" Cöthen (Anhalt).
Bringt gediegene Aufsätze über Jagd, Schießwesen, Hundezucht, Forstwirtschaft, Fischerei und Naturkunde. Großartiger Bilderschmuck. Wertvolle Kunstbeilagen.

Wirkungsvolles Anzeigenblatt.

Bezugspreis 12.— ℳ für das Vierteljahr.
Jede Postanstalt u. Buchhandlung nimmt Bestellungen entgegen.
Probenummern
vollständig kostenlos zu verlangen von dem
Verlag des St. Hubertus
(Paul Schettlers Erben, G. m. b. H.)
Cöthen (Anhalt).

Original „Sack'sche
Dreischarpflüge

liefern ab Lager
Ad. Beck & Söhne,
Könnern-S.,
Maschinenfabrik.

Strohpressen-Draht

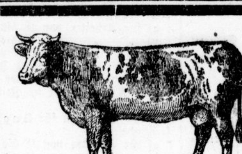
sowie **sämtl. Bindedrähte** in allen Stärken billigst
S. Brinitzer & Co., Berlin SW. 68
Schützenstraße 68.

Die beste Reklame
ist heute noch immer eine vornehme, wirkungsvolle Geschäftsdrucksache; sie ist die Visitenkarte, die der Geschäftsmann abgibt, um seine Waren zu empfehlen.
Geschäftskarten, Rechnungen, Briefbogen, Umschläge, Preislisten Prospekte und Kataloge
in gewissenhafter, tadellos sauberer Ausführung besorgt stets peinlichst prompt und preiswert die Buch- und Kunstdruckerei von
Otto Thiele, Halle a. S.

Gasthof-Verpachtung.

Ausflugslokal zur „Fischerei" in Besta, idyllisch an der Saale gelegen, Umgegend Solbad Dürrenberg a. S. und Leunawerk usw., soll am **15. September** cr. auf sechs Jahre öffentlich gegen Meistgebot verpachtet werden. Termin 1 Uhr mittags dort. Bedingungen im Termin.

Rittergut Goddula
bei Dürrenberg a. S.



Am Donnerstag, den 8. d. Mts., treffen Transporte **Ia. bayerische**
Zugochsen sowie Stiere
zum preiswerten Verkauf bei uns ein.

Hauptgenossenschaft für Viehverwertung, e. G. m. b. H.,
Halle a. S., Delitzscher Straße 8.
Fernruf 6385.

---

4 braune rheinisch-belgische
Hengstfohlen
verkauft zum festen Preise von **8600 Mk.** pro Stück
Domäne Freyburg a. U.

Suche aus Privathand
Trakehner
im Alter von 5—6 Jahren (langschweifig), ca. 1.75 groß, **zu kaufen.** Farbe gleich. Offerten erbeten mit Preis unter **Z. 5559** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Saatkartoffeln aus Sandboden

Loburger Umgegend, Ernte 1921:
Thieles Frühefte, Kuckuck, weiße Riesen, Rheinland, Prignitzer Gelbfleischige, Lotos, Weddigen, Graf Dohna, von Kameckes Deodara, Hindenburg, Parnassia, Beieler, Cimbals Ella, von Lochows Wohltmann 34 und andere Sorten. Besichtigung der ca. 3000 Morg. großen Anbaufläche meist anerkannter Kartoffeln nach vorher. Anmeldung gestattet. — Aufträge zum Herbst schon jetzt erbeten.
C. Görner, Loburg (Kr. Jerichow I). Fernruf 10.

Aepfel u. Birnen

(Sommer- und Winter-),
Tafel- und Wirtschaftsobst
liefert stückgutweise in jeder Menge, sauber in Kisten verpackt,
Bayer. Zentraldarlehenskasse e. G. m. b. H.,
Zweigniederlassung Würzburg,
Haugerring 13 1/2.
Telefon 3071, 3076/78. Telegr.-Adr.: „Zentralbank".

Gutes dauerhaftes Gummiband für **Strumpfbänder** kauft man bei **H. Schnee Nachfolger, Gr. Steinstr 84.**

Jutesäcke,
1 1/2 Ztr. u. 2 Ztr. fass., Tarpauling, blaustreifig (2 Ztr.).
Ernteplanen
4 × 6 m, Ia, M. 170.— je Stück. **Dresch- u. Mietenplanen.**
Ia Bindegarn
Sisal, weiß 500 m Lfl M. 21.50 in Leinensäck. Lieferantin auch von Wiederverkäufern.
Allg. Landwirtschaftl. Bedarfs-Ges. m. b. H., Berlin-Steglitz, Kissingerstraße 11.
Drahtanschrift: Landbedarf.

Elektromotor., Engr.-Preise
Glühlampen „
Wand- und Tischventilatoren
Ingenieur C. Prast,
Telephon 5280.
Halle a. S.,
Niemeyerstraße 22, pt.

Einladung

zu der
31. ordentlichen Generalversammlun[g]
des
Ein- und Verkaufsverei[ns]
des Bauernvereins,
e. G. m. b. H., Halle (Saale),
am Mittwoch, 14. Septbr. 1921, vorm. 10 1/[2]
im Direktionszimmer d. Central-Genossensch[aft]

Tagesordnung:
1. Erstattung des Geschäftsberichtes für die Zeit 1. Juli 1920 bis 30. Juni 1921.
2. a) Bericht über die durch den Verband v[or]genommene Revision.
   b) Genehmigung der Jahresrechnung.
   c) Entlastung des Aufsichtsrates und Vorstan[des]
   d) Beschlußfassung über die Verwendung der viel erhobenen Geschäftsunkosten.
3. Vornahme der Neu- resp. Wiederwahlen.
   Aus dem Vorstande scheidet nach § 16 Statutes aus:
   Herr Gutsbesitzer H. Henze, Schwoitsch.
   Vom Aufsichtsrate haben nach § 21 des Stat[uts] auszuscheiden:
   Herr Gutsbesitzer Franz Walther, Kl.-K[…]
   Herr Gutsbes. C. Saeuberlich, Mitteledla[u]
4. Anträge und Wünsche.

Der Vorstand
d. Ein- u. Verkaufsvereins d. Bauernverei[ns]
eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht
A. Strumpf. H. Henze. M. Schnei[der]
W. Brandt. Dr. Pietsch.

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Im Anschluß an die Versteigerung von [ver]fallenen Pfändern findet am **Donnerstag, 8. Sept. 1921** im städtischen Leihamt eine [Ver]**steigerung** von gebrauchten Möbel- und [Wirt]schaftsgegenständen statt.
Halle, den 5. September 1921.
Die Armen-Direktion.

Vergebung

von Malerarbeiten in den Kleinwohnungen M[…]burger Straße am 12. d. Mts., 10 Uhr vorm., […]hausstr. 6 II. Zimmer 106. Angebotsvordrucke […] mittags in Zimmer 125 für 2 Mark.
Halle, den 5. September 1921.
Städtisches Hochbauamt.

Stellen-Angebote

Lehrling
reiferer Jahre von **Kolonialwaren-Engros-Geschäft** per 1. Okt. 1921 **gesucht.** Off. u. B. N. 5150 an **Rud. Mosse,** Brüderstr. 4.

Suche für meine Gastwirtschaft mit kl. Landwirtschaft eine selbständ.
Wirtschafterin
im Alter v. 36—48 Jahren, zwecks späterer Heirat. Angebote unter **Z. 5558** a. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Stellen-Gesuche

Hauslehrer.
Aelterer cand. agr. et phil. (Lehrer), streng christlich u. deutschnat., m. vorz. Zeugn., Exam. und Ref., **sucht** 15. Okt. **Stellung** als **Hauslehrer,** (Elem.-Unt. u. Latein), in Prov. Sa., Nähe Halle. Gefl. Off. erb. unt. Z. 5560 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Ordentliches, ehrliches
Mädchen,
17 J., **sucht** zum 1. Okt. **Stellung** in gutem Hause. **Steinweg 29 I.**

Verkäufe

Oeffentlicher Verkauf
Für Rechnung wen es angeht, verkaufe ich **Donnerstag, den 8. Sept.,** vorm. 9 Uhr im Saale des Hall. Vereins f. Getreide- u. Produktenhandel hier, Neue Promenade 2
2690 kg
Viktoria-Erbsen
lt. **Muster**
in **Halle** bahnstehend öffentlich meistbietend gegen Barzahlung unter den im Termin noch bekanntzugebenden Bedingungen.
Albert Jahn,
beeid. Versteigerer.
Fernsprecher 5690.

Mahagoni-Salon
mit gutem Teppich, **Kristall-Kronleuchter,** 5armig, für Gas u. Elektr. eingerichtet, sehr gut erhalten, aus Privathand **billig zu verkaufen.** Off. u. **Z. 5556** a. d. Geschäftsstelle d. Zeitung.

---

12 Stck. erstkl. ausgef[…]
bayerische
Zuchtkalbe[n]
Gew. 4 1/2—9 Ztr., verk[…] preiswert und nehme […]stellungen auf weiter[…] klassige Zuchtrinder j[…] Alters entgegen.
Albert Abicht, Leub[…] b. Triptis (Thür.). Tel[…]

Mohn, Rübs[en]
Raps
u. andere landwirt[schaft]liche Erzeugnisse k[auft]
Emanuel Lebenhe[…]
Berlin C. 25,
Alexanderstraße […]
Export — Imp[ort]

Wir bitten unsere […] ergebenst, alle Eink[…] u. sonstig. Besorgun[gen] nur bei den Inseren[ten] der „Halleschen Zeit[ung]" vornehmen zu wo[llen].

Geldverkeh[r]
6000—20000 […]
jährlich verdienen D[amen] und Herren vom Sch[reib]tisch aus. Offerten […] Rückporto unt. Z. 5[…] an die Geschäftsstel[le] Zeitung.

Miet-Gesuch[e]

2 leere Zimm[er]
oder möbliert von […] Ehepaar baldmöglich[st] **gesucht.** (Kochgelege[nheit] erwünscht.) Off. u. 6[…] an die Geschäfts[stelle] dieser Zeitung.

Möbl. Wohn- und Schlafzimm[er]
mit Kochgelegenheit **sucht.** Angebote an **Dr. Reißmann** Ohrenklinik.

Wer kann anständ[igen] **jungen Leuten**
1—2 Räum[e]
leer oder einfach m[öbl.] mit Kochgelegenheit geben? Wohnungsam[t] meldet. Off. an **Al[…] Günther,** Gesch[äfts]stelle d. Ztg.

Suche eine Schlaf[stelle] in der Nähe vom Ba[hnhof]. Off. an **W. Grod[…]** Geschäftsstelle d. Ztg.

2—3 möblierte Zimmer,
möglichst mit Kochgelegenheit, **sucht** kinderloses Ehepaar in sehr gutem Hause, am liebsten in Einfamilienhaus sofort oder später.
Steinholzfabrik Union, Franckestr. 19. Tel. 5103.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109062-13/fragment/page=0004
DFG

Alldeutscher Verbandstag in Goslar

II Tagung des Gesamtverbandes

Sonntag, den 4. September, fand zu Goslar im Marmorsaale des Gasthofes „Der Achtermann" der diesjährige Verbandstag des Alldeutschen Verbandes statt, nachdem am Sonnabend sein Gesamtvorstand getagt hatte. Rund aus 500 Teilnehmer waren aus allen Gauen des Deutschen Reiches und aus Oesterreich, sowie aus den unerlösten Gebieten, den Randstaaten, ja selbst aus den Vereinigten Staaten herbeigeeilt, um erneut Zeugnis abzulegen für das treue Festhalten an den Zielen des Alldeutschen Verbandes.

Schon der Verlauf der Tagung des Gesamtvorstandes hatte gezeigt, daß Einigkeit in allen Fragen das hauptsächlichste Kennzeichen auch der diesjährigen Tagung sei. Diese innere Geschlossenheit beweist, daß der Verband auf dem richtigen Wege ist, und wird für seine kommende Arbeit reiche Früchte tragen.

Den Vorsitz führte der Verbandsvorsitzende, Justizrat Claß-Berlin. Er eröffnete die Tagung um 10¼ Uhr vormittags. Er richtete warme Worte der Bewillkommnung an die aus allen Teilen Alldeutschlands erschienenen Vertreter des Deutschtums.

Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, lud Prof. Dr. Hertle-Graz, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses, zum Besuch des ersten österreichischen Verbandstages in Innsbruck ein. Ein starker Besuch von reichsdeutscher Seite komme auch den österreichischen Brüdern zugute. Dann folgten noch kurze geschäftliche Mitteilungen.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Der Vorsitzende

Justizrat Claß

eröffnet die Versammlung mit einer Ansprache, in der er auf den Ernst der Zeit und die trostlose Lage des Vaterlandes hinwies, von der am Tage vorher die Rede war. Heute sei die Frage, wie das Volk aus dem Unglück herausgebracht, wie weiterem Unheil gesteuert werden könne. Nach dieser Richtung müssen wir den Mut haben, der Wirklichkeit ruhig ins Angesicht zu sehen, zu bekennen, was wir erkennen und daraus die Folgerungen zu ziehen. Dieses war immer die Aufgabe des Alldeutschen Verbandes — keine leichte und erfreuliche: wir wollen ihr uns auch diesmal nicht entziehen. Die Lage unseres Volkes ist so verzweifelt, daß ihr durch kleine Mittel nicht geholfen werden kann, sondern nur durch eine Besserung des Zusammenlebens im Staate und des Staates auf allen Gebieten — durch eine Gesamtreform, für die wir bereits vor zweieinhalb Jahren in der „Bamberger Erklärung" ausgesprochen haben, was wir für nötig halten. Nichts weniger, als den Um- und Aufbau von der Schule an bis hinauf zu der obersten Spitze, über Recht, Wirtschaft, Verfassung — kurz eine Reform, die mit dem schädlichen Fremden Schluß macht und Einrichtungen schafft, die dem angeborenen Wesen unseres Volkes und den Bedürfnissen seines Zusammenlebens im Staate entspricht. Ein „Herumdoktern" da oder dort kann bei solchem Zustand des kranken Volkskörpers nicht helfen, sondern nur die gründliche Behandlung des Leidens von seinen letzten Ursachen her.

Dazu gehört aber nicht nur die Fähigkeit des Erkennens, sondern auch der Mut, der Wahrheit ins Angesicht zu schauen, und uns will scheinen, daß diejenigen Einzelpersonen und Parteien, die auf Grund der letzten Entwicklung im politischen Leben unseres Volkes ausschlaggebend geworden sind, beide Eigenschaften nicht besitzen. Es war im November 1848, als der Königsberger Demokrat Johann Jacoby — nebenbei gesagt ein Politiker von ausgesprochenster jüdischer Unfruchtbarkeit — dem König Friedrich Wilhelm IV., als dieser einer Abordnung der preußischen Nationalversammlung das Ungulässige ihres Verlangens vorhielt, zurief: „Das eben ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören können." Herr Jacoby wurde von seinen demokratischen Gesinnungs- und Glaubensgenossen dafür als politischer Held gefeiert — aber seine Nachfahren von allen demokratischen Schattierungen scheinen dem Uebel verfallen zu sein, das er den Königen zuschrieb. Insbesondere ist das ganz offenbar bei den Herrschaften der Fall, die als Staatsoberhäupter, Minister oder Führer der Mehrheitsparteien heute die öffentliche Gewalt beherrschen — eingeschlossen die ihnen gesinnungsverwandte Presse. Sie alle sehen nicht, was wirklich ist — erkennen nicht, daß unser Volk bei unmöglicher Regierungsweise nur tiefer ins Unglück kommt und lehnen es ab, von Andersgesinnten die Wahrheit zu hören. In diesen Tagen um Sedan herum erleben wir handgreifliche Beweise dafür. Die Wahrheit ist, daß die politische, wirtschaftliche und sittliche Zersetzung unseres Volkes fortschreitet, weil weder ordnender Wille noch ordnende Kraft sich im heutigen Regimente zeigen. Die Verlegenheiten, die hieraus stammen, häufen sich — da bietet ein Ereignis, das jeder ernste und verantwortungsbewußte Mann verurteilt, den Anlaß zu einer „politischen Entlastungsoffensive" im größten Maßstabe gegen politische Gegner, die das schwere Geschütz der Wahrheit aufgefahren haben. Wir wollen, weil wir an starken Tabak nachgerade gewöhnt sind, nicht darüber Aufhebens machen, daß die Leibhaber am heutigen Regiment all ihre alten und geheiligten Grundsätze von Freiheit in Wort und Schrift vergessen und rücksichtslos verfahren, als es jemals der alte Staat hätte tun dürfen — das gehört zu dem besonderen Humor dieser Zeit. Es sei nur daran erinnert, wie man über Kaiser Wilhelm den Zweiten herfiel, als er in Sachen der Kunst den Satz sprach: „Die ganze Richtung paßt mir nicht" — heute wird das von den republikanischen Staatsleitern ins Politische übersetzt und sie halten es als ausreichend zur Begründung von Maßnahmen, die mit ihrer eigenen Verordnung im Widerspruch stehen, wenn sie auf die „Tendenz" einer Gruppe oder einer Zeitung hinweisen, die drangsaliert wird. Worüber wir vor der deutschen Oeffentlichkeit Klage führen, das ist die Art und Weise, mit der dabei verfahren wird, der Mangel an gesetzlichem Sinn, den man dabei beweist, indem man sich über die eigene Verordnung hinwegsetzt. Es ist Hochtonjunkur für die Verketzerung aller derer, die am Gewesenen hängen und die schönen Zeiten des Bismarckreiches nicht vergessen können. Wieder wie in den schlimmsten Zeiten während des Krieges, vor dem Umsturz, in den Kappiagen und allen sonstigen Krisen der Republik wendet Wut gegen rechts! Wieder sollen die Alldeutschen die Schuldigen und Verbrecher sein. Nun, wir können mit gutem Gewissen erklären, daß wir an dieser Tat kein Teil haben — aber auch jede Verantwortung für das ablehnen, was heute an Folgen daraus abgeleitet wird. Uebrigens befinden wir uns in guter Gesellschaft: dieselbe Wut richtet sich gegen die einzige Regierung im Reich und ihre wichtigsten Männer, die Aufbaupolitik treibt und den Staatsbegriff hochhält. Als Reichsbürger legen wir Verwahrung dagegen ein, daß man unter der Herrschaft der angeblich freiesten Verfassung der Welt einem Teile des Volkes gegenüber, der wahrscheinlich der größere ist, mit Maßnahmen regiert, wie wir sie heute erleben — und als Alldeutsche weisen wir alle die Anschuldigungen zurück, die jetzt erneut gegen uns erhoben werden. Die Geschichte wird hier ihr Urteil sprechen — wahrscheinlich mit kurzer Frist. Bis dahin getrösten wir uns mit anderen Vaterlandsfreunden mit unserem guten Gewissen und reinen Willen und tun unsere Pflicht weiter, wie wir sie seit 30 Jahren getan haben — bis vor drei Jahren ohne Rücksicht auf das Gefallen oder Mißfallen der alten Gewalten, heute unbeeinflußt von denjenigen der jetzigen Maßgebenden und ihrer Gefolgschaft in Parteien und Presse. Wahrhaftig, dies ist eine Zeit, die den Glauben an die deutsche Zukunft auf die härteste Probe stellt, die ihr seit dem Umsturz zugemutet wurde. Wird die Probe bestanden, der Glaube gerechtfertigt?

„An Gott und am Vaterland soll man niemals verzweifeln", lehrte uns Ernst Moritz Arndt, der auch harte und schwere Zeiten erlebt und die Erbärmlichkeit viel zu vieler Zeitgenossen kennen gelernt hatte. Wie er dachten die Männer des Aufbaues seiner Zeit — die Vorbilder für alle in unseren Tagen, die an Deutschland glauben und ihm aus Not und Schmach helfen wollen. Auch sie mußten sich erst zur Klarheit durcharbeiten, den deutschen Instinkt zu Willen und Ziel richten — und die Taten folgten, als die Zeit erfüllet war. So soll es wiederum werden, und wenn es wird, soll dafür gesorgt werden, daß alle die harten und schweren Lehren, die unserem Volke im Laufe seiner Geschichte erteilt worden sind, beachtet werden — auf daß der Umbau und Ausbau ein Werk schaffe, an dem alle Guten im Volke Freude haben: ein freies Deutsches Reich mit freien Deutschen.

Der vorbereitenden Vorarbeit gilt diese Tagung. Wir treten mit dem Bekenntnis zu unserem Volke in sie ein, indem wir ihm den Treugruß bieten:

Heil dem deutschen Volke! Heil! Heil!

Stürmische Heilrufe folgten der Aufforderung des Vorsitzenden, dem außerdem reicher, langanhaltender Beifall zu erkennen gab, wie tief die Seelen der Zuhörer gepackt, wie sehr er sie mit seiner hoffnungsvollen Zuversicht gestärkt hatte.

Es folgte darauf der Vortrag des Herrn Generals der Infanterie A. Krauß, Wien, Mitglied der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes, über

Staatskunst und Sittlichkeit

Staatskunst ist die Kunst, das Leben des Staates durch alle Fährlichkeiten des Staatslebens zu führen und den inneren Ausbau des Staates zum Wohle aller Staatsbürger zu leisten. Der Begriff Kunst, der als „Können" mehr im Gemüt und in der Gesinnungsart als im Wissen wurzelt, ergibt, daß die Staatskunst eines Staatsmannes vor allem von seiner Gesinnungsanlage und von den Grundsätzen bestimmt wird, die er seiner Handlungsweise zugrunde legt. Ein Staat kann im Inneren nicht leben, wenn jeder nur seinem selbstischen Wohl zustrebt. Wo der Gemeinsinn fehlt, dort wird der Daseinskampf der dichten Menschenmassen um so wildere Formen annehmen, je rücksichtsloser der Egoismus den Gemeinsinn unterjocht. Wo dieser edle Bürgersinn fehlt, dort werden Menschen, die an die Macht kommen, diese Macht nur leicht zum eigenen Vorteil mißbrauchen oder zum Vorteil einer Kaste, eines Standes oder einer Partei, in welchem Vorteil sie wieder vor allem den eigenen Nutzen suchen und finden werden. Wo diese Verhältnisse allgemein herrschen, wo es als selbstverständlich erscheint, daß an der Macht Stehende sich bereichern, dort wird man diese krankhaften Zustände gar nicht als verwerflich und verderblich erkennen. Nicht die sittlich dazu Berufenen werden dann zur Leitung kommen, sondern die mit dem rücksichtslosen Erwerbssinn begabten größten Schreier: Die Staatskunst wird von der erhabensten Pflichterfüllung zum Geschäft entwürdigt. Ein Staatsmann, der aus einer solchen Gepflogenheit heraus zur Macht gelangt, wird nie die wahre Staatskunst üben können, er wird unbewußt immer und immer nur für sich und seine Macht handeln und wirken. Nur ein Staatsmann, der sich selbstlos an das Wohl des Ganzen hingibt, der unbestechlich, ehrlich seinem Weg geht, unbekümmert um Lob und Tadel, der aus seiner Reinheit die Kraft schöpft, folgenschwere groß. Entschlüsse zu fassen, und der alles mit voller Leidenschaft zu tun vermag, die alle Hindernisse zertritt, nur ein solcher Staatsmann wird wahre Staatskunst ausüben können. Wahre Staatskunst ist das Ergebnis einer selbstlosen, leidenschaftlichen Hingabe an die Gesamtheit des Staates, sie ist das Ergebnis der vollkommenen Unterordnung des eigenen Ichs unter das Wohl der Gesamtheit.

Sittlichkeit ist das Ergebnis der Bändigung des Tieres im Menschen. Die Pflichten, die sich aus dem Zusammenschluß des Menschen ergeben haben, also aus dem Begriff der Familie, des Geschlechtes, des Stamms, des Volkes oder des Staates, sie haben die Beschränkung des tierischen Zuges im Menschen, seine Veredlung, seine sittliche Hebung zum Ziel. Alle religiösen Gebote, alle staatlichen Gesetze und die auf ihre Ueberschreitung gesetzten Sühnen gehören ebenso zum Rüstzeug der Sittlichkeit, wie die Ehrengesetze, die höher verpflichtete Standesgruppen sich selbst vorgeschrieben haben. Diese Sittengesetze ermöglichen erst das dichte Zusammenleben der Menschen, ihr Mißachtung bringt Streit, Hader und Kampf. Sie alle aus der reinen Erkenntnis ihrer Notwendigkeit zu erfüllen, ist Sittlichkeit. Die staatsbürgerliche Sittlichkeit fordert von dem sittlichen Menschen die selbstlose Unterordnung unter die Sittengesetze.

Wir sehen also, daß bürgerliche Sittlichkeit bei einem Staatsmann Voraussetzung für die gedeihliche Ausübung der Staatskunst ist. Das, was beim Bürger als Sittlichkeit entspricht, muß beim Staatsmann, der Großes leisten will, und Große wachsen.

Ein Staatsmann, der die Geschicke eines Volkes leiten will, muß die sittliche Kraft haben, sich fallweise über Gesetz und Recht hinwegzusetzen und Gewalt anwenden, um seine sittliche Pflicht in Wahrheit zu erfüllen

Ins Gewaltige wachsende Anforderungen stellt die Staatskunst an die Sittlichkeit des Staatsmannes, wo es sich um die Regelung der Beziehungen der Staaten untereinander handelt. Nur die höchste Sittlichkeit, nur die Sittlichkeit eines Luther: „Hier stehe ich. Ich kann nicht anders. Gott helfe mir! Amen." kann hier für einen großen Staatsmann genügen. Mit der Kraft eines Sehers muß er seinen Weg erkennen und ihn gehen mit eisernem Willen, alle Schwächen beseitigend oder sogar niedertretend, in der Erkenntnis, daß seines Volkes Zukunft allein von seiner Kraft abhängt. Hier schweigen scheinbar alle Gesetze der Sittlichkeit, denn die Gewalt ist das letzte Beweismittel des Rechtes der Starken. Nie darf der Staatsmann in der Ausübung dieser Staatskunst von Staat zu Staat die Herrschaft über sich und die Ereignisse verlieren Nur ein Mann, der in höchster Sittlichkeit über allen Sittengesetzen steht, kann ein wahrhaft großer Staatsmann sein.

Klugheit, Reinheit des Willens, Menschenkenntnis, Friedensliebe und bürgerliche Ehrenhaftigkeit genügen eben nicht zur Künstlerschaft des Staatsmannes; diese kann nur getragen werden von der starken Sittlichkeit einer mit Leidenschaft erstrebten großen Idee.

Die gewaltigste Idee, die für alle Zeiten und für alle Völker Geltung hat, der die höchste sittliche Kraft innewohnt, ist die Volksidee. Ein Staatsmann, der sich in ganzer Leidenschaft dieser Idee hingibt, der sie mit vollster Sittlichkeit erfaßt, der ihrer Größe gewachsen ist, der muß sein ganzes Volk zu dieser Idee fortreißen und dann als einer der Gewaltigsten für alle Zeiten auftragen.

Darauf sprach Pastor Ebert-Hamburg über

Die Zurückführung der sozialistisch gesinnten Arbeiterschaft zum deutschen Gedanken

Er führte etwa folgendes aus:

Mein Vortrag setzt als beklagenswerte Tatsache eine Kluft in unserem Volke voraus, infolge deren die deutsche sozialistische Arbeiterschaft auf der einen, die übrigen Volksgenossen auf der anderen Seite stehen, wie zwei feindliche Heerlager. Dieser Riß, der durchs Volk geht, hat uns im Weltkrieg den Sieg gekostet und die Niederlage eingebracht. Schon oft ist der Versuch gemacht, diese Uneinigkeit zu beseitigen, aber die Sozialdemokratie hat alle solche Versuche als heuchlerisch oder als Sirenenstimmen zurückgewiesen. Daher gilt es, nach der Weise eines mutigen Arztes zu verfahren, welcher nicht etwa einen Patienten nur mit einem Pflaster versehen will, sondern den Mut hat, das Geschwür operativ zu entfernen. Zwar die Operation müssen wir einer höheren Hand überlassen, aber unsere Pflicht ist es, den ganzen Schaden, den die Sozialdemokratie angerichtet hat, bloßzulegen. In dieser Hinsicht fragen wir zuerst: Was hat uns die Sozialdemokratie genommen und was hat sie uns gebracht?

Sie hat uns die Monarchie genommen und hat uns dafür die Anarchie gebracht, und mit der Monarchie hat sie uns das genommen, was mit der Monarchie aufs engste verknüpft ist, unser altes, stolzes, siegreiches Heer und das frühere System unserer Staatsverwaltung.

Damit hat sie unserem deutschen Volke Wunden geschlagen, an denen wir verbluten werden, wenn uns keine Hilfe kommt. Gerade Kaiser Wilhelm II. war wie kein anderer Monarch der Sozialdemokratie in seinen Erlassen von 1890 aufs weiteste entgegengekommen. Die ausgestreckte Hand wurde kalt zurückgestoßen. Die Sozialdemokratie blieb ihrem Grundsatze treu, daß die Monarchie durch die Republik ersetzt werden müßte. Sie glaubte, daß die Republik das sicherste Bollwerk der Freiheit sei. Aber wie sieht es denn in Rußland, dem Zerrbild eines Staates, mit der Freiheit aus. Wollen die Arbeiter keinen Monarchen von Gottes-Gnaden (das heißt nach dem natürlichen Erbrecht), so werden sie einen Monarchen bekommen von Mammons Gnaden, von Juden-Gnaden.

Bismarck sagte einmal: „Die deutsche Sprache hat etwas Berauschendes, und dieses Wort ist wahr. Keine Sprache wie die deutsche besitzt eine solche Tiefe, einen solchen Bilderreichtum, solche Wucht und Würze. Aehnlich ist es mit dem Deutschtum überhaupt. Das Wesen des Deutschtums ist von einer wunderbaren erstaunlichen Fülle und wir rufen den Arbeitern zu: Werdet Deutsche! Ihr seid es schon! Ihr seid gleich uns von der deutschen Mutter geboren, redet wie wir die deutsche Sprache, habt in deutschen Schulen deutsche Bildung empfangen, daß Ihr deutsch seid von Geburt und Art, das ist Euer Schicksal und dies Euer Schicksal liegt in Eurem Blut. Darum ist es Unnatur und wider die Natur, internationalen Schattenbildern nachzujagen. Wir wollen uns gemeinsam besinnen auf deutsche Art und deutsches Wesen, dann kommen wir wieder zurecht. Wir müssen daher fortan aus unseren deutschen Gedanken alles Fremdländische ausscheiden, so z. B. die französische Demokratie, die deutsche ist ganz anders; das jüdische Wesen, das uns im Grunde verdirbt, insbesondere auch das römische Recht, das uns nun schon jahrhundertelang beherrscht. Es ist zu uns herübergekommen von jenseits der Berge, aus den Werkstätten der lombardischen Juristen, welche uns das alte römische Recht nach Deutschland gebracht haben. Dieses Recht ist besonders von Bedeutung geworden in bezug auf die Eigentumsfrage. Nach römischem Recht kann ein jeder mit seinem Eigentume machen, was er will. Das römische Recht gestattet den Gebrauch und den Mißbrauch und schützt auch den letzteren mit Staatsgewalt. Wenn etwa ein Rotschild heute sein ganzes Kapital in deutschem Grund und Boden anlegen würde und würde ihn dann hernach brach liegen lassen, unbebaut, ob auch Tausende und Millionen von Menschen darob verhungern würden, so wäre dieses nach römischem Recht nicht zu verhindern und ob nach gegenwärtig geltendem Recht, das von römischen Gedanken durchsetzt ist, das wäre noch fraglich. Auf der Familie baut sich aber alles deutsche Wesen auf. Die Familie ist die Grundzelle des Staatslebens; in der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109062-13/fragment/page=0005

Hammte sucht auch der deutsche Arbeiter sein Heim, an dem deutschen häuslichen Herde vermittelt sich dem deutschen Manne der Begriff des Vaterlandes. Für die deutsche Familie ist auch der deutsche Arbeiter in den Krieg gezogen. Wird die deutsche Familie zerstört, so geht unser Vaterland zugrunde, rettungslos. Die Familie aber will leben, und darum muß durch die menschliche Arbeit Brot für die Familie geschaffen werden. So baut sich auf dem Grunde der Familie das Arbeitsleben des Menschen auf. Arbeit und Eigentum haben also im Dienste der Familie zu stehen. Bisher hat unter dem römischen Eigentumsrecht auch in deutschen Landen das Eigentum die erste Rolle gespielt. Den Interessen des Eigentums mußte sich alles andere fügen. Wir möchten gerne mit den Arbeitern zusammen darin ein Neues bauen. Dazu bedürfen wir des deutschen Rechtes. Durch Bodenreform und Siedlungswesen muß auch der deutsche Arbeiter ein unmittelbares Verhältnis zum deutschen Grund und Boden gewinnen. Durch Gewinnbeteiligung am Ertrage großindustrieller Arbeit muß dem Arbeiter die Möglichkeit eröffnet werden, daß ihm bei steigender Ergiebigkeit der nationalen Arbeit auch ein steigender Anteil an dem Gewinn der Arbeit zuteil werde. Mit steigendem Nationaleinkommen ein mitsteigendes Arbeitereinkommen!

Der gegenwärtige Anteil des Arbeiters an dem staatlichen Leben beruht auf englisch-französischer Demokratie und deren Ideen, welche hervorgegangen sind aus einer mechanisch-materialistischen Weltanschauung, welche den Menschen „atomisiert", indem sie ihn aus den lebendigen Beziehungen des Volkslebens heraushebt und vereinzelt und an Stelle der lebendigen Organismen unnatürliche Parteigebilde setzt, welche sich gegenseitig in einem wüsten Hader der Interessen bekämpfen und verzehren. Daher muß der gegenwärtige Parlamentarismus, weil im tiefsten Grunde undeutsch, aus unserm Staatsleben verschwinden. An dessen Stelle muß ein aus deutschem Volksleben hervorgehender Reichstag gebildet werden, welcher sich auf den neuen Berufsständen aufbaut. Dann kann jedem das Seine werden. Dann braucht sich der Arbeiter nicht mehr durch Juden und Judengenossen vertreten lassen, sondern kann seine Sache selbst in die Hand nehmen.

Aber freilich: die Arbeiter sind nur eine Klasse der Gesellschaft. Sie müssen einsehen lernen, daß ihr Los, wie dasjenige der andern Klassen, von dem gegenseitigen Verhältnis zueinander bestimmt wird. Alle Klassen, auch die Arbeiterklasse, sind nicht selbständig, sondern abhängig von einander. Daher muß die Arbeiterklasse darauf verzichten, zu befehlen, sondern muß erkennen, daß sie mit den anderen Klassen unterhandeln muß. Hier ist in der Tat ein Verständigungsfriede angebracht, der tausendmal notwendiger ist, als der Verständigungsfriede mit unsern auswärtigen Feinden. Es wird Sache der Arbeiterschaft sein, was sie den andern Ständen, insbesondere dem Unternehmertum, vorschlagen wird. Diese Vorschläge würden von um so größerer Wirkung sein, wenn die Arbeiterschaft von vornherein auf die Diktatur verzichtete. Wir erwarten daher vom Arbeiterstand Gerechtigkeit und Mäßigung. So allein kann die unheilvolle Kluft der Klassen und Stände sich schließen und Deutschland wieder ein einig Volk von Brüdern werden, die in keiner Not sich trennen und Gefahr.

Bebel erklärte einst, das Ziel der Sozialdemokratie sei auf politischem Gebiet die Republik, auf wirtschaftlichem der Kommunismus, auf religiösem der Atheismus. Die Zukunftsgesellschaft wird eine Gesellschaft sein ohne Gott. Ihre Religion ist eben der Sozialismus, und die Gesellschaft selbst wird ihr Gott sein. Der Atheismus ist die einfache Folgerichtigkeit der Tatsache, daß der Mensch zum Maß aller Dinge und die wirtschaftlichen Verhältnisse zum einzigen Prinzip aller sonstigen Erscheinungen des menschlichen Lebens gemacht werden. Daraus folgt die Erziehung der Jugend in einer materialistischen Staatsschule. Der Materialismus und der Atheismus der Sozialdemokratie soll die Welt- und Lebensanschauung des ganzen Volkes werden. Schwärmer und Narren sind die, die das glauben! Dort,. wo man der Religion den Abschied gegeben hat, da lösen sich alle Bande frommer Scheu. Da wanken alle Säulen menschlichen Gemeinschaftslebens, da zerfällt die Familie, da ist von Pflichterfüllung und Treue keine Rede mehr. Die Weltanschauung, die uns den Glauben an Gott nimmt, nimmt uns den sittlichen Halt im Leben, den Trost in Not und Krankheit und zuletzt im Sterben. Was die Sozialdemokratie mit ihrem Materialismus und Atheismus will, ist ein Rückfall ins Heidentum und damit ein Versinken in Heillosigkeit und Verderben. Wir rufen dem Arbeiterstande zu: Zurück von diesem Abgrund! Wieder hin zu Gott, dem lebendigen Gott, und damit zum wahren Heil für unser ganzes Volk.

Nach dem Vortrage des Herrn Pastor Ebert ergriff noch vor der Mittagspause General von Liebert, Freiburg, das Wort, um zugunsten der Neuen Gobineau-Vereinigung zu werben.

Aussprache über den Vortrag

In der Aussprache, die sich nach der Mittagspause an den Bericht des Herrn Pastors Ebert knüpfte, hob

der Vorsitzende, Justizrat Claß,

hervor, daß in der Tat, wie Pastor Ebert ausgeführt habe, die Schicksalsfrage für das deutsche Vaterland so laute: gelingt es, die Massen des Volkes, die sich als Arbeiterschaft bezeichnen, für ihr Volkstum, für den deutschen Staat und für das friedliche Zusammenleben mit den anderen Volksgenossen zurückzugewinnen oder nicht? Von der Beantwortung dieser Frage durch die Entwicklung in dieser oder jener Richtung hängt die Zukunft der Deutschen ab. Es ist also klar, daß wir allen Anlaß haben, uns mit dieser Frage mit vollem Ernste zu beschäftigen, und der heutige Bericht soll die Einleitung dazu sein. Wenn wir Alldeutsche dies tun, so ist es selbstverständlich, daß es geschieht im Geiste der Liebe zu Volksgenossen, die für das Urreigenste ihres Wesens zurückgewonnen werden sollen. Damit ist die Gesinnung festgelegt, in der wir handeln, weil wir in jedem Deutschen den Nächsten, den Bruder sehen — unbeschadet des Kampfes, den wir gegen die Entarteten, Volksvergessenen zu führen haben. Was nun die Art betrifft, wie diese Frage behandelt werden soll, so ist sicher, daß wir von den Grundlagen des geschichtlich Gewordenen nichts preisgeben dürfen — keine Nachgiebigkeit gegenüber sozialistischer Irrlehre. um Sozialisten zu gewinnen! Das Wort Sozialismus und alle seine Abwandlungen sind undeutsch, undeutsch auch die Lehre, die es bezeichnet. Deutsch war von je der Gemeinsinn, das Zurückstellen des Sondervorteils hinter das Gemeinwohl, entsprechend dem Sprichwort: „Gemeiner Nutz geht vor Sondernutz"! Wenn man dieses Wort als Gesetz über unser gesamtes Leben schreibt, hat man den archimedischen Punkt, von dem aus man das Verhältnis der verschiedenen Volksschichten zum Rechten bewegen kann. Unantastbar muß das Eigentum bleiben — in den Fällen, wo es gefährlich werden könnte, wird die Rücksicht auf den „gemeinen Nutz" jede Gefahr von der Gesamtheit oder einer Schicht des Volkes fernhalten. Die „Sozialisierung", die sogenannte Gemeinwirtschaft, müssen wir ablehnen, und zwar in jeder Gestalt — weil wir uns auf den berüchtigten sogenannten „Gerechtigkeitspunkt" der Besitzenden stellen, oder den Industrie-Kapitänen nach dem Munde reden wollen, sondern weil wir aus innerster Ueberzeugung dem Führergedanken anhängen und als erwiesen ansehen, daß von der Volkswirtschaft dasselbe gilt, wie von allen anderen menschlichen Betätigungen, die über einen engsten Kreis hinauswirken, daß sie von einheitlichem, überlegenem Willen und von sachverständiger Einsicht gelenkt sein wollen — daß sie Wertvolles, Zweckmäßiges nur leisten können, wenn die führende Persönlichkeit sie trägt. Das ist ein Bekenntnis zur sogenannten Individual-Wirtschaft, die trotz aller gegenteiligen Behauptungen die höchststehende Wirtschaftsform ist, weil sie dem schöpferischen Willen allein den gebotenen freien Spielraum gewährt. Wir dürfen auch den Wahnsinn nicht mitmachen, das Eigentum oder die Individual-Wirtschaft durch allerlei Steuerkünste zu beseitigen, die nichts anderes sind, als Enteignung oder Sozialisierung auf Umwegen. Die mit dem scheußlichen Namen „Marxismus" gekennzeichnete Irrlehre ist zusammengebrochen — nun darf auch keiner ihrer Einzel-Vorschläge verwirklicht werden.

Ich komme nur auf das Wesentliche der hier behandelten Frage, die man nur in ihrer ganzen sittlichen und tatsächlichen Bedeutung versteht, wenn man ihre geschichtliche Entwicklung kennt — und dies Wesentliche sollte uns sein, uns alle und mit uns — um abgekürzt zu sprechen — den deutschen Arbeiter zu der edlen deutschen Freiheit zurückzuführen, die im Laufe der Geschichte verloren gegangen ist, dem Arbeiter den Adel seines Volkstums zum Bewußtsein zu bringen, seine Würde als deutscher Mensch anzuerkennen und ihm zu zeigen, daß wir sie anerkennen. Ein kurzer Rückblick zeigt, wie dies gemeint ist. Mit unbändiger Freiheitsliebe treten die Germanen in die Geschichte ein — auch die Stämme, aus denen die „Deutschen" wurden. Die Nöte und Kämpfe der Völkerwanderung machten eine gewisse Unterordnung unter Führer notwendig, die gewählt wurden. Je länger und schwerer diese Kämpfe waren, um so mehr befestigte sich die Stellung der Führer, um so enger schlossen die Stämme sich zu Völkern zusammen — wandernde Heere, die zu staatenähnlichen Zuständen gelangten, als sie sich feste Gebiete gesichert hatten. Der Kampf um die Selbstbehauptung oder die Ausdehnung ging aber weiter, und die jungen Volks-Gemeinwesen wollten ihre Gerichtsbarkeit und ihre Verwaltungsgeschäfte besorgt haben. Dies alles lag der Gesamtheit der vollfreien männlichen Volksgenossen ob, also: Der Vollfreie hatte Kriegsdienst zu leisten und mußte im Thing erscheinen, um Recht zu sprechen, und bei gemeinsamen Stammesangelegenheiten mitzuraten und zu taten. Ehrenrechte und Ehrenpflichten. Die letzteren begannen den minder begüterten Freien lästig zu werden; der Mann fehlte in seiner Wirtschaft, wenn er im Krieg war oder zum Thing ging. Deshalb kam er auf den Gedanken, seine beschwerlich gewordene Freiheit aufzugeben und unter die „Muni" eines Größeren oder Reicheren zu treten; so wurde der Vollfreie, hauptsächlich aus wirtschaftlichen Rücksichten, Hintersasse weltlicher oder geistlicher Grundherrn. Diese Entwicklung begann im Frankenreiche westlich vom Rhein schon in Merowingischer Zeit, griff später in den östlichen Teil hinüber und war um die Wende des 10. Jahrhunderts dahin abgeschlossen, daß es — abgesehen von Niedersachsen, Tirol, Diethmarschen und Friesland — keine freien Bauern mehr gab. Das heißt: die Masse der Deutschen war unfrei geworden. Diese Unfreiheit war jahrhundertelang „formal"; das Verhältnis zwischen dem Grundherrn und dem Hintersassen war gut; letzterer war zu mäßigen Leistungen verpflichtet, genoß den Schutz des Herrn und konnte wirtschaftlich gedeihen. So war es und blieb es im allgemeinen in der Zeit der sog. Naturalwirtschaft — als aber die Kapitalwirtschaft eindrang, und ihre nachteiligen Folgen auf die Grundherren ausübte, diese allmählich wirtschaftlich in Not gerieten und den ihnen obliegenden Pflichten gegen die Lehnsherrn nur schwer nachkommen konnten, begann der Druck: Aus den Bauern sollte mehr herausgeholt — herausgeschunden werden. Diese Entwicklung spitzte sich zu, führte da und dort zu Entladungen, deren größte der Bauernkrieg war. Er endete mit der Niederlage der Bauern, die nun in härteren Druck gerie'en — derart, daß man vom Zustand der Leibeigenschaft reden kann. Nun war die formale Unfreiheit zur tatsächlichen geworden. In der Zeit der Aufklärung setzte die rückläufige Bewegung ein: vor allem die Hohenzollern sorgten für die Besserung der Lage der Bauern; deren Leistungen wurden genau umschrieben und der Willkür der Grundherrn Schranken gesetzt. Die französische Revolution führte in ihren Nachwirkungen auf deutschem Boden zur Aufhebung der Leibeigenschaft: die Bauern wurden wieder frei, in ihnen also die Masse des deutschen Volkes. Aber jetzt lag das Umgekehrte vor, wie Jahrhunderte vorher: jetzt war die Freiheit „formal"; die wirtschaftliche und persönliche Gebundenheit bestand fort, weil der neue Zustand die Befreiten unvorbereitet, wirtschaftlich schwach und abhängig vorfand. „Stadtluft" hatte von je „frei gemacht" — kein Wunder, daß der in seiner Freiheit unsicher gewordene Landbewohner nach den Städten strebte; dort war seine Arbeitskraft gesucht und willkommen, — denn dort hatte inzwischen die industrielle Entwicklung begonnen. Es ist zu schwerem Verhängnis für die Masse des deutschen Volkes und damit für das Volksganze geworden, daß die Wiederbefreiung der Bauern gesetzlich mit dem Einsetzen der industriellen Entwicklung zusammenfiel, und daß der Staat nicht leitend und sorgend eingriff, um das Unabwendbare in bestimmte Bahnen zu lenken. Die neuzeitliche Völkerwanderung beginnt und nimmt größte Ausdehnung: die Industrie reißt alles an sich, was auf dem Lande wurzellocker geworden war. Die Städte wachsen und wachsen — ganze Industriebezirke entstehen. Die Industrie hat zu kämpfen, ist abhängig vom Bedarf und den Preisen des Auslandes; „Krisen" sind an der Tagesordnung, und ihr hilfloseste Opfer ist der Arbeiter mit den Seinen. Dazu der Wohnungsmangel der Städte, die für den Zustrom nicht vorbereitet waren, und alles an körperlicher, geistiger und sittlicher Not und Nachteilen, was damit zusammenhängt. Der frei gewordene Arbeiter ward in der Stadt zum „Proletarier". Staat und Gesellschaft taten unzweifelhaft in den ersten Jahrzehnten der industriellen Entwicklung viel zu wenig, um das Los der „Enterbten" zu erleichtern, — das ist ihre Schuld, die sich nun im vierten Gliede rächt. In dieser Verlassenheit nahte sich dem Proletarier der jüdische Sozialist, der unter dem Scheine der Menschenfreundlichkeit den in seiner Hilfslosigkeit haltlos gewordenen deutschen Arbeiter umgarnte, vergiftete, aufhetzte und seinem angestammten Vaterlande entfremdete. Dies ist in gröbsten Umrissen die Entwicklung — wie bei solcher Gelegenheit überhaupt nur in großen Zügen geschildert werden kann. Den jüdisch-sozialistischen Rattenfängerkünsten setzten weder die bürgerliche Gesellschaft, noch der Staat hinreichende Abwehr entgegen — als die Sozialpolitik Wilhelms des Ersten und Bismarcks kam, war es reichlich spät; aber noch konnte geholfen werden, wenn Staat und Gesellschaft hinderndn und heilend zugleich aufgetreten wären. Auch das geschah nicht; die Abwehrgesetze fielen, und seitdem hat die Vergiftung und Verhetzung ungehemmt ihr Werk verrichten können, unterstützt durch die vielfachende Wirkung der Presse und Volksversammlungen, und gefördert durch die Bürokratie der Sozialgesetzgebung und der Gewerkschaften. Gift, Gift, immer neues Gift wurde der deutschen Arbeitermasse eingespritzt — nachdem sie eine solche Vergangenheit hinter sich hatte! Ihre Partei war vor dem Kriege auf Millionen angewachsen — da kam der Krieg und weckte den nur betäubten Instinkt, und die Masse der Arbeiterschaft war im tiefsten ergriffen den dem Geschehen. Kehrte zum Vaterlande, zum deutschen Staate zurück und tat ihre Pflicht.

Das ist noch heute eine beglückende Erinnerung, ein Beweis dafür, daß der deutsche Arbeiter von dem jüdischen Internationalismus zu retten war — aber wir wissen ja, was Herr v. Bethmann Hollweg tat und nicht tat, damit die seelische Befreiung nicht standhielt und der Rückfall erfolgte. Der Umsturz mit allem seinem Wahnsinn sollte die „sozialistische Republik" bringen — er hat nichts gebracht als den Beweis, daß nach dieser Art sich das kleinste Gemeinwesen nicht zusammenhalten läßt — geschweige denn ein großer Staat mit seinen verwickelten Verhältnissen, zumal unter der Herrschaft unserer Feinde, denen die Verblendung der Arbeiterschaft zum Siege verholfen hatte. Heute nun ist die Einkehr im stillen bei vielen zu bemerken, immer von neuem durch Verhetzungskünste in Frage gestellt. Erst in diesen Tagen erlebten wir eine der Krisen, die seit dem Umsturz etwas Gewöhnliches geworden sind, deren Treiber die Radikalisten der Radikalen unter jüdischem Einflusse sind. Aber dadurch darf das Bild der großen Entwicklung nicht getrübt und der Blick von der Aufgabe nicht abgelenkt werden. Der „Marxismus" als Lehre wie als Staatsform ist als Unmöglichkeit erwiesen. Jeder vernünftige Arbeiter sieht das ein, weiß nur nicht, welche Folgerungen er zu ziehen hat — so weit er sie ziehen möchte, hindert ihn Zwang. Und damit kommt man auf den entscheidenden Punkt: Es heißt den Arbeiter zur Möglichkeit eigener Erkenntnis und freien Entschlusses zurückzuführen, indem man ihn von seinen sog. Führern befreit. Es ist eine der wesentlichsten Aufgaben, diese Befreiungstat am deutschen Arbeiter durchzuführen und damit nachzuholen, was Bethmann Hollweg versäumt hat. Ist diese Voraussetzung erfüllt, dann wird die Bahn für das Weitere frei: die Zurückgewinnung des deutschen Arbeiters für sein Volk und seinen Staat, indem Staat und Gesellschaft jedem deutschen Arbeiter, der wirklich ein solcher ist, die Ebenbürtigkeit in der Volksgemeinschaft zuerkennen, ihm seine Würde als deutscher Mensch zum Bewußtsein bringen und damit das Befreiungswerk vollenden, das mit der Aufhebung der Leibeigenschaft eingeleitet, dann aber abgebrochen wurde. Der „formal" freie deutsche Mann im Arbeiter soll zur tatsächlichen Freiheit geführt werden: wie seine Urvorahnen als Freie im Volke lebten, soll auch er es tun, indem die geschichtliche Entwicklung dort wieder anknüpft, wo sie verborgen wurde. Unserer bürgerlichen Gesellschaft hängen die Folgen der absolutistischen Zeit noch nach — was Wunder, daß die Nachkommenschaft jahrhundertelang Unfreier sich in dem Stande der Freiheit noch nicht zurechtgefunden hat, zumal unter äußeren Bedingungen, wie den geschilderten. Man darf deshalb nicht verzagen! Befreit den deutschen Arbeiter von den Einflüssen, denen er erlegen ist, weil niemand hinreichend Widerpart hielt — schafft ihm die äußere Daseinsmöglichkeit, auf die ein Sohn des deutschen Volkes Anspruch hat, wenn er seine Pflicht gegen die Gesamtheit erfüllt — bringt ihm bei, was es vor Gott und der Welt heißt und bedeutet, ein Deutscher zu sein, und er wird sich darauf besinnen, was er ist und wohin er gehört. Wir Alldeutschen wollen auf deutschem Boden nur stolze deutsche Bürger sehen — einerlei zu welcher Schicht des Volkes sie gehören, und wir kämpfen ja auch darum, aus dem bürgerlichen Staatsangehörigen oder Untertan den deutschen Bürger zu machen. Wer uns sagt, daß dies Unmöglichkeiten seien, dem halten wir die wunderbare Tatsache entgegen, daß trotz jahrhundertelanger Unfreiheit der Masse des deutschen Volkes das deutsche Volksganze das gesündeste, fleißigste, treueste und tapferste aller Völker geblieben ist, und daß trotz allem die Unterschichten der Jungbrunnen geblieben sind, aus dem das Volksganze in den Oberschichten seine geistigen Führer gewann. Das spricht trotz allem dafür, daß unser „Volksmassiv" gesund geblieben ist. Nun wollen wir dafür arbeiten, daß es frei gemacht werde. Wir müssen den Zustand im Vaterlande erreichen, daß auf deutschem Boden nur freie Bürger leben — einerlei, wo sie geboren sind, welchem Stand und Beruf sie angehören. Dann wird die sog. Arbeiterfrage, die soziale Frage im deutschen Sinne gelöst sein.

Den von außerordentlich bedeutsamen und hohen Gesichtspunkten des ersten Herrn Vorsitzenden ausgehenden Darlegungen wurde geradezu stürmischer Beifall zuteil. Auf Antrag aus der Versammlung wurde die weitere Beratung über diesen so wichtigen Gegenstand abgebrochen, um ihn nach den so anregenden Ausführungen der beiden Vorredner in besondere Behandlung zu nehmen.

Herr J. Hennigsen vom „Deutschen Bund für Gewerbe, Handel und Industrie" in Hamburg sprach darauf:

Vom Wirtschaftskampf gegen die Feinde.

Deutschlands militärische Waffen sind leider fortgeworfen, zerbrochen und abgeliefert worden. Trotzdem sind wir nicht wehrlos, sondern müssen uns zum wirtschaftlichen Abwehrkampf aufraffen und die Waren unserer Feinde ablehnen. Das ist ein Gebot der Selbsterhaltung, wenn wir unseren dauernd sinkenden Geldwert verbessern und die Erwerbslosigkeit vermindern wollen. Schon vor dem Kriege ist durch Bezug entbehrlicher Auslandswaren viel an der deutschen Wirtschaft gesündigt worden. Heute ist unsere Einfuhr weit größer als unsere Ausfuhr, und wir hatten im letzten Jahre sogar Monate, in denen unsere Einfuhr die Ausfuhr um 6 Milliarden Mark überstieg. Dabei handelte es sich nicht etwa nur um die Einfuhr von Rohstoffen für unsere Industrie oder um notwendige Lebensmittel. Vielfach konnten wir für diese unentbehrlichen Dinge Laum Zahlungen aufbringen, während auf der anderen Seite entbehrliche Luxuswaren in großen Mengen über die Grenze kamen.

In den Monaten Juni bis September 1920 sind allein auf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109062-13/fragment/page=0006

…no der erteilten Einfuhrbewilligungen (daneben kommen noch viel größere Mengen Schieberwaren über die Grenze) eingeführt worden:

Haarnetze	4 300 000 M
Seiden und Tülle	40 240 000 „
Seidengewebe und seidene Kleidungsstücke	3 180 000 „
Seidene Tüllgewebe	14 600 000 „
Pelze	66 309 000 „
Schmuckfedern und Reiher	1 832 000 „

Aehnliche Zahlen sind bei anderen entbehrlichen oder aus anderen Ländern zu beziehenden Waren zu verzeichnen. Diese Zahlen sprechen leider auch eine beredte Sprache von dem geringen Verantwortlichkeitsgefühl mancher Geschäftsleute und weiter Verbraucherkreise gegenüber unserer deutschen Wirtschaft. Auf der einen Seite sehen wir Menschen, die ein Schlemmerleben führen und auf die Auslandswaren nicht verzichten wollen, und auf der anderen Seite die bitterste wirtschaftliche Not, Ansteigen der Auswanderer- und Erwerbslosenziffer, Menschen, die kein Hemd mehr auf dem Leibe haben, Beamte, die völlig zugrunde gehen. Wer auch nur einen Funken Verantwortlichkeitsgefühl in sich trägt, der muß den Kampf gegen die Feindbundwaren und für die deutsche Arbeit führen. Die von Hamburg ausgehende Abwehrbewegung hat erfreulicherweise starke Wellen geschlagen, und der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Wer die Zahlen über die eingeführten Feindbundwaren und über die Wirkung des wirtschaftlichen Abwehrkampfes richtig erfaßt, der merkt, daß wir wirksame Waffen im Wirtschaftskampf besitzen, die wir zur Verminderung der Erwerbslosigkeit im eigenen Vaterlande und zur Beugung des feindlichen Vernichtungswillens rücksichtslos anwenden müssen.

Unterstützung in dem wirtschaftlichen Abwehrkampfe haben wir in weitestem Maße gefunden. Millionen Flugblätter, Plakate und sonstige Werbedrucksachen haben das deutsche Volk gründlich aufgerüttelt, und wir danken besonders der alldeutschen Presse und den einzelnen Alldeutschen, daß sie sich selbstlos und opferwillig für die Arbeit zur Verfügung stellten. Aber alle nationalen Kreise müssen und werden ihre Pflicht tun, um an Deutschlands Wiederaufbau mitzuarbeiten und um die bis dahin in der Irre gehenden, meist durch Fremdstämmige geführten deutschen Bluts- und Volksgenossen zu gleichem Vorgehen zu veranlassen. Wir glauben trotz aller trüben Erscheinungen an die unverwüstliche Schaffenskraft des deutschen Volkes, die sich Bahn brechen wird, wenn wir bei allen Maßnahmen zunächst an die eigene Nation denken und das Wort des Philosophen Fichte: „Dem Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden!" beherzigen. Wenn es erst wieder hell sein wird in aller deutschen Brüder Sinn, finden wir auch Kräfte und Wege zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur Befreiung von fremder Unterdrückung.

Der hervorragende Vortrag des Herrn Hennigsen fand die allgemeine begeisterte Zustimmung der Versammlung.

Als letzter Vortrag stand auf der Tagesordnung

Die Alldeutsche Jugendbewegung

Als Berichterstatter führte Herr Rolf Meyer, Berlin, der Führer der „Alldeutschen Jugend", etwa folgendes aus:

Was Alldeutsch ist, wissen wir alle. Alldeutschland ist für uns der Ansporn zur völkischnationalen Arbeit, Jugendbewegung ist das Umsetzen eines gemeinsamen Wollens der Jugend in die Tat. Eine Jugendbewegung hat es während der ganzen preußisch-deutschen Geschichte gegeben; verschieden waren die Ziele, die die Jugend sich in den einzelnen Jahrzehnten gesteckt hatte. Auch heute haben wir keine einheitliche Jugendbewegung, die ein Ziel erstrebt, sondern verschiedene Richtungen, von denen jede behauptet, die einzig wahre ihrer Zeit zu sein. Die alldeutsche Jugendbewegung ist heute die größte, das kann trotz aller Gegenbehauptungen der Gegner gesagt werden. Ihr aufrechtester Verfechter und Träger des Gedankens ist der Bund: „Die alldeutsche Jugend", die Jugendabteilung des alldeutschen Verbandes. Aber außer den jungen Mitkämpfern der alldeutschen Jugend, die den Weg zu uns gefunden haben, ist heute ein großer Teil der Jugend, des Wandervogels, des Deutschnationalen Jugendbundes, der christlichen Jugendverbände alldeutsch, man sagt großdeutsch, denn vor dem Namen „Alldeutsch" herrscht oft Scheu, dank der Hetzerei, mit der die Judenpresse alles, was alldeutsch heißt, bedacht hat. Der Einigungsgedanke aller Deutschen ist in der Jugend Deutschlands, Oesterreichs und der sonstigen deutschen Länder, die zurzeit leider nicht zu unserem Staatsverbande gehören, so mächtig, daß man auf seiner Grundlage selbst größere Gegensätze in der Jugendbewegung überbrücken kann. Der Alldeutsche Gedanke ist derjenige, bei dem die Jugend sich am ehesten finden wird, die heute noch zerspalten ist.

Ueber die Notwendigkeit einer Alldeutschen Jugend gerade jetzt, wo die nationale Jugend in Deutschland Gefahr läuft, sich gegenseitig aufzureiben, braucht wohl nicht gesprochen zu werden. Gerade die Alldeutsche Jugend wird mit ihren Gedanken und Zielen die Jugend einen. Was die Jugend selbst für die Zukunft des Verbandes und mithin des alldeutschen Gedankens bedeutet, wissen Sie am besten selbst. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Sie nochmals auf die planmäßige Parteischulengründung der Sozialisten hinweisen, deren endgültige Erfolge der Umsturz und die Zustände von heute sind. Der Umsturz war ein Werk der roten Jugend.

Aber dies wird nicht ewig so bleiben, des sind wir Jungen gewiß, denn wo so ein bestimmter unbeugsamer Wille zum Aufschwung vorhanden ist, so ein Opfermut, wie ich ihn täglich bei meinen Kameraden in der A. J. beobachten darf, da ist der halbe Weg zum Ziele getan.

Neben unserm ersten Ziele Alldeutschland, steht unser zweites, unbedingt mit dem ersten verknüpft, die Deutsche Jugendgemeinschaft, aus der die Deutsche Volksgemeinschaft erwachsen wird. Auch dieses Ziel scheint bei der heutigen Zeit beinahe unmöglich zu verwirklichen sein. Wenn wir jedoch im eigenen Hause Ordnung geschaffen haben, wenn nicht jeder Jude sich zwischen deutschen Arbeiter und ihre Führer stellen darf, dann wird auch dieses Ziel verwirklicht werden. Schon heute bemüht sich die Jugend aller Richtungen, den Gegner zu verstehen und kennen zu lernen. Schon heute finden wir im anderen Lager viele tüchtige Menschen, und vor allen Dingen lernen wir Jungen uns auch als Gegner achten, finden wir doch auf beiden Seiten diesen glühenden Idealismus, für seine Idee zu leben und zu sterben. Und wenn wir die Arbeiterjugend erst einmal überzeugt haben, daß wir ja auch nur ihr Bestes wollen, und wenn sie eingesehen hat, daß ihre Wege die falschen sind, dann tagt der Morgen deutscher Einigkeit, des Friedens im Deutschen Hause.

Wenn Sie unsere Satzungen betrachten, so werden Ihnen die Forderungen auffallen, die die Jugend an sich selber gestellt hat. Ueberall für den alldeutschen Gedanken zu wirken, durchdrungen zu einer wahrhaft deutschen Weltanschauung Unterordnung des Willens des Einzelnen unter den der Gesamtheit, Unterordnung der Gesamtheit unter den Führer, Unterordnung des Führers unter die Idee, nicht die Abstimmung, sondern der Wille zur Erreichung des Zieles ist maßgebend.

*

Hiermit war die Tagesordnung erschöpft. Außerhalb derselben sprach dann noch Herr Sanitätsrat Dr. Kuitsch, Halle a. d. S., über Pressefragen und schließlich Herr Eschmann, Berlin, der den Herren der Hauptleitung und des Geschäftsführenden Ausschusses, besonders dem Herrn Justizrat Claß, begeisterten Dank für ihre mühevolle und treue Arbeit in schwerster Zeit aussprach und zugleich den Führer das Gelöbnis treuer Anhängigkeit und Mitarbeit, komme was da wolle, unter jubelnder Zustimmung der Anwesenden versprach. Mit bewegten Worten dankte ihm Justizrat Claß für sich und seine Mitführer und schloß den diesjährigen Verbandstag, der von der Einmütigkeit, Geschlossenheit und Hoffnungsfreudigkeit innerhalb des Verbandes erhebendes Zeugnis ablegte. Mit dem Absingen des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles" trennte sich sodann die Versammlung.

Aus Mitteldeutschland

Die Mißstände in der Belieferung der Landwirtschaft mit Mais

Kennzeichnet nachstehende von dem Abgeordneten Hemeter (Dnatl.) eingebrachte und von dem Abgeordneten Hergt und Dr. Hoetzsch mitunterzeichnete Anfrage:

Nach den seinerzeit vom Direktorium der Reichsgetreidestelle erlassenen Vorschriften ist den Landwirten für die Ernte 1920 die Belieferung mit verbilligtem Mais bei einer Erfüllung von 70 bezw. 50 Prozent ihrer Mindestablieferungsschuldigkeit zugesichert worden.

Weite Kreise der bezugsberechtigten Landwirtschaft haben diesen Mais bis jetzt noch nicht erhalten, obwohl immer wieder seitens der Landwirtschaft die schnelle Belieferung zur Linderung der Futternot in Beschwerden und Anträgen verlangt; andererseits von seiten der Behörden hinhaltende und vertröstende Zusicherungen auf baldige Belieferung gemacht wurden.

Diese Nichtbelieferung mit Mais gerade in der Zeit, wo der Mais als Futtermittel in erster Linie hätte Verwendung finden sollen, hat bei den Bezugsberechtigten größte Verbitterung und Erregung ausgelöst. Es ist zu befürchten und allzu begreiflich, daß durch eine derartige Behandlung der Landwirtschaft der Glaube an die von der Regierung gegebenen Zusicherungen genommen und die Folgen sich bei der Getreideablieferung bemerkbar machen werden.

Weiterhin bedeutet aber die Unterlassung der rechtzeitigen Maisbelieferung eine ernste, nicht zu unterschätzende Gefahr für die Volksernährung insofern, als in Gegenden mit leichterem Boden bei dem großen durch Dürre bedingten Futtermangel die Erhaltung des Viehbestandes ernstlich in Frage gestellt ist. Wird nun die zugesicherte Maisbelieferung noch mehr verzögert oder gar unterlassen, dann wird Notverkauf und Notschlachten eines großen Teiles des Viehbestandes die unausbleibliche Folge sein. Die Ernährung unseres Volkes würde dadurch aber von neuem aufs ernstlichste gefährdet werden.

Sind diese Verhältnisse der Regierung bekannt? Was gedenkt sie zu tun, um diesem Mißstande in der Belieferung mit Mais abzuhelfen? Kann die Sicherheit dafür gegeben werden, daß die noch nicht belieferten Maisbezugsscheine in kürzester Zeit voll zur Belieferung kommen?

Die Kreise Schleusingen und Ziegenrück bleiben beim Landesfinanzamt Rudolstadt

Rudolstadt, 5. September.

Wegen Einverleibung der beiden Exklaven der Provinz Sachsen, der Kreise Schleusingen und Ziegenrück, in das für die Provinz Sachsen zuständige Landesfinanzamt Magdeburg ist seinerzeit der Landbund unter Betonung der dafür sprechenden wirtschaftlichen, politischen und steuerlichen Gründe beim Reichsfinanzministerium vorstellig geworden. Die Bestrebungen des Landbundes wurden noch unterstützt durch eine persönliche Fühlungnahme des Reichstagsabgeordneten Hemeter mit dem Reichsfinanzminister. Unterm 15. August teilt nunmehr der Reichsfinanzminister dem Abgeordneten Hemeter mit, daß die preußischen Kreise Schleusingen und Ziegenrück bereits bei der Einrichtung der Reichsfinanzverwaltung dem Geschäftsbereiche des Landesfinanzamtes Thüringen in Rudolstadt zugewiesen worden sind. Eine Aenderung in dieser Einteilung ist nicht beabsichtigt. Wir glauben es wohl, daß die Regierung keine Aenderung beabsichtigt. Diese wird jedoch von der Bevölkerung aus praktischen und staatspolitischen Gründen heraus gewünscht. Deshalb werden der Landbund und die ihn vertretenden Parlamentarier nicht nachlassen, auf die Beseitigung dieser ohne Befragen der Bevölkerung zu bringen.

40. Hauptversammlung des Thüringerwaldvereins

Eisenach, 6. September.

Nach siebenjähriger Pause fand unter überaus zahlreicher Teilnahme von Abgeordneten des mitgliedreichen, weitverzweigten Thüringerwaldvereins unter Leitung seines rührigen Vorsitzenden, des Landgerichtsdirektors Linde (Eisenach), die 40. Hauptversammlung des Vereins zu Eisenach statt. Von den 119 Zweigvereinen, die rund 1300 Mitglieder umfassen, waren 66 vertreten. Nach Einführung des neu aufgenommenen Zweigvereins Neustadt a. O. wurde als nächster Tagungsort Schmalkalden gewählt.

Ein Zeitungsverbot in Thüringen

Gera (Reuß), 6. September.

Die hier erscheinende Zeitung „Heimatbote", ein rechtsstehendes Blatt, ist auf Grund der neuen Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung im Reiche auf die Dauer von vierzehn Tagen verboten worden.

Ausschreitungen in Koburg

Koburg, 5. September.

Auf dem Schloßplatze fand am Sonnabend nachmittag eine von den sozialistischen Parteien einberufene Versammlung als Kundgebung für die Republik und als Protest gegen Erzbergers Ermordung statt. Nach den Reden der Führer beider Parteien hörte man in den Straßen Schüsse und Handgranatendetonationen. An den Zugängen der Straßen nach dem Marktplatz kam es zu Zusammenstößen mit der Landespolizei, die die Straßen mit Drahtverhauen gesperrt hatte. Durch Handgranaten wurden einige Personen, darunter auch zwei Kinder verletzt. Die Versammlung war trotz des Ausnahmezustandes behördlich genehmigt worden, der Demonstrationszug jedoch von dem Stadtkommandanten verboten worden.

Koburg, 6. September.

Der blutige Vorfall vom Sonnabend bildet noch allenthalben das Gesprächsthema. Die Regierung hat Anschläge verbreitet, wonach vor Streikunruhen gewarnt wird, da solche im Hinblick auf den in Bayern herrschenden Ausnahmezustand schwere Folgen nach sich ziehen würden. Die sozialistischen und kommunistischen Betriebsräte Bayerns hielten eine Versammlung ab, in der die Vorgänge des Sonnabend hinlänglich besprochen und auch in Entschließungen dazu Stellung genommen wurde. Indessen wurde jedoch beschlossen, in einen Generalstreik vor der Hand noch nicht einzutreten. Von den Verletzten, deren Zahl sich von 12 auf 14 erhöht hat, ist der schwer verletzte Steinmetzler inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Für die andern Verletzten besteht indessen keinerlei Lebensgefahr mehr.

250 000 Mark unterschlagen

Hersfeld, 5. September.

Der bei der Firma Benno Schilde beschäftigte Kaufmann Adolf Dörries hat im Laufe einer längeren Zeit fingierte Bankkonten errichtet und Depeschen gefälscht. Da er bei den ständig wachsenden Summen, die er für einen kostspieligen Lebenswandel brauchte, schließlich keinen Rat mehr wußte und die Entdeckung befürchtete, suchte er das Weite. In Kassel stellte er sich jetzt selbst der Polizei. Die Höhe der unterschlagenen Summen wird auf mindestens eine Viertelmillion geschätzt.

= **Reideburg**, 6. Sept. (Sedanfeier.) Am 3. September fand die diesjährige Sedanfeier des Vereins ehemaliger Angehöriger von Freiwilligen-Formationen im Heinertschen Gasthof in Reideburg statt. Sie bot den Mitgliedern und Gästen trotz der ernsten Zeit einige angenehme Stunden. In einer Ansprache erinnerte Kamerad Wetzel an die Ereignisse der Schlacht bei Sedan und gedachte anschließend der in den Kriegen von 1870/71 und 1914/18 gefallenen Kameraden. Im Namen der Vereinigung „Stahlhelm", Bund der Frontsoldaten, wünschte Kamerad Naumann dem Vereine ein weiteres starkes Wachsen, Blühen und Gedeihen.

— **Aschersleben**, 6. Sept. (Von Straßenräubern beschossen.) Am Sonntag abend gegen 8 Uhr wurden auf der Wilslebener Chaussee zwei Radfahrer von zwei Männern, die aus dem Chausseegraben heraussprangen, mit Revolvern beschossen. Verletzt wurde niemand. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

— **Erfurt**, 6. Sept. (Regimentstag der 224er.) In Erfurts Mauern hatten sich zum 1. Regimentstag aus nah und fern viele Angehörige eingefunden, so daß der Saal im „Großherzog" fast nicht ausreichte. Beim Festkommers am Sonnabend abend wurden bei den Klängen lieber alter Weisen die in der Stunde der Not geschlossenen Waffenbrüderschaften fürs Leben erneuert. Neuer Mut, neue Kraft und neues Leben wurde in die Herzen gepflanzt. Bei frohen und ernsten Reden, beim Becherklang, bei Musik und Gesang wurde das Band der Einigkeit erneuert. Am Sonntag fand im Festlokal durch den ehemaligen Feldgeilichen, Pastor Breithaupt, F44l4d4g4o4t4t4e4s4d4ienuisten Feldgeistlichen, Pastor Breithaupt, Feldgottesdienst statt.

— **Oelsnitz**, 5. September. (Viehmarkt.) Die während der Kriegszeit eingestellten Viehmärkte in der vogtländischen Stadt Oelsnitz sollen nun wieder abgehalten werden. Der nächste Viehmarkt findet daselbst am Dienstag, den 6. September statt.

— **Eisfeld**, 6. Sept. (Gestörte Veranstaltungen.) Nachdem hier auf der Straße eine Kommunistenversammlung stattgefunden hatte, zogen Kommunisten mit einem Sowjetbanner in eine Versammlung, in der Herr v. Eichel-Streiber sprechen wollte. Es kam dort zu Unruhen, die sich auf der Straße fortsetzten, wobei Herr v. Eichel tätlich angegriffen und beschimpft wurde.

— **Dresden**, 5. September. (Unerhört!) Der frühere preußische Kriegsminister General v. Wrisberg sollte am 12. September auf Veranlassung des Dresdener Bürgerrates über die Schuld am Weltkriege sprechen. Der Vortrag ist von der Sächsischen Regierung verboten worden. In diesem Verbot können wir nur einen krassen Mißbrauch der Ausnahmeverordnung erblicken.

Bunte Blätter.

Schweres Eisenbahnunglück in Iserlohn

Altena, 5. September.

Das Eisenbahn-Betriebsamt gibt bekannt: Am 4. September um 2 Uhr 15 Minuten nachmittags fuhr auf dem Bahnhof Iserlohn der Personenzug 888 von Schwerte nach Iserlohn dem Personenzug 1317 von Letmathe nach Iserlohn in die Flanke. Vier Personen sind getötet, eine Person schwer und zwanzig leicht verletzt. Von den vier Getöteten sind bisher festgestellt: Karl Breuer aus Reinermark bei Hennen, August Böing, Bickerfeld bei Hörde, Wilhelm Honert aus Leckinasen bei Iserlohn. Vier Personenwagen sind beschädigt. Der Betrieb wurde nach kurzer Unterbrechung um 8 Uhr abends wieder im vollen Umfange aufgenommen. Die Untersuchung der Schuldfrage ist eingeleitet.

Ein neuer Wettkonzern

In Berlin wurde dieser Tage folgendes Flugblatt auf den Straßen verteilt:

Wettkonzern Wolkenkuckucksheim.

40,960 : 10. — 100 Prozent Dividende alle 2 Monate.

Gewinntabelle: Bei einer Einzahlung von nur 1000 Mark erhalten Sie nach 2 Monaten 2000 Mark, nach 4 Monaten 4000 Mark, nach 6 Monaten 8000 Mark, nach 8 Monaten 16 000 Mark, also nach 24 Monaten 44 096 000 Mark.

Viermillionensechsundneunzigtausend Mark nach 2 Jahren!

Diese Riesenquote: 40,960 : 10 erzielten wiederholt unsere Rennpferde „Ferner liefen", „Kuhschwanzmine" und „Gießkanne". Infolgedessen hat uns der Herr Reichsfinanzminister mit der Ordnung der Reichsfinanzen beauftragt, indem er bei uns für das Reich einen kleinen Betrag anlegte. Die von uns ins Leben gerufene Eisfabrik hat bereits Verträge mit allen Apotheken und Krankenhäusern abgeschlossen, durch die unsere Mitglieder gegen Ausweis gratis beliefert werden. Also, wozu noch arbeiten?! Wettkonzern „Wolkenkuckucksheim" arbeitet für Euch! Das Direktorium ist unter Garantie nicht unbestraft und jeder Situation gewachsen. Unser Betrieb ist vom Gesundheitsministerium genehmigt! Wer also mit uns den Kampf gegen die Großbanken, die nur geringe Prozente zahlen, aufnehmen will, lege sein Geld bei uns an! Wir lassen das deutsche Volk nicht darben!

Der Vorstand. Alt-Moabit 12 a, G. m. b. H.

(Wir fügen dieser verlockenden Aufforderung nur noch hinzu, daß in Alt-Moabit 12 a sich das Untersuchungsgefängnis befindet. D. Red.)

Lebenszeichen vom Mars?

Aus Amerika wird gemeldet: Im Verlaufe einer Reise nach dem Mittelmeer hat der Forscher auf dem Gebiet der Radiotelegraphie Suamens Macbeth festgestellt, daß seine Apparate Wellen in einer Länge von 150 000 Meter verzeichneten, die in regelmäßigen Zeiträumen ankamen. Man weiß, daß die längste auf der Erde hervorgebrachte Welle bis 14 000 Meter nicht überschritten hat. Er meint, die Regelmäßigkeit der aufgefangenen Wellen deute darauf hin, daß es sich nicht um elektroatmosphärische Störungen handelt, sondern daß die Wellen planmäßig ausgesandt wurden, und nimmt an, daß der Mars riesenhafte Funkstationen besitze und versuche, sich mit der Erde in Verbindung zu setzen. Der Forscher erwartet mit seinen Apparaten die Erneuerung der Mars-Botschaft und wird sich bemühen, zu gegebener Zeit mit genügend großen Wellenlängen, die von besonders starken Apparaten ausgesandt werden, mit den Stationen des Planeten in Verbindung zu treten. (!)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109062-13/fragment/page=0007

„H. Z." Sportberichte

Der Schlußtag des Sächs.-Thür. Rennvereins

7. September.

Mit leiser Wehmut muß man das über die letzte Vorschau schreiben. Eine lange Kette prächtiger Renntage liegt nun auch in diesem Jahre hinter uns. Ereignisse, die über dem gesellschaftlichen Alltag nicht nur als eine angenehme Abwechslung standen. Der Schlußtag des Herbstmeeting wird voraussichtlich noch eine weit bessere Beteiligung der Ställe finden als der Sonntag. Von den mehr als 50 anwesenden Pferden sind am Sonntag nur 41 gelaufen und der Rest bewußt für den zweiten Tag aufgespart worden. Da die Neuanmeldung von Boxen erheblich größer ist als der geringe Abgang, so darf am morgigen Tage auf eine Beteiligung von 50 bis 60 Pferden, also auf gut besetzte Felder, gerechnet werden.

Das Programm setzt sich aus 8 Flachrennen und 4 Hindernisrennen zusammen. Unter den ersteren ragt als längstes Flachrennen der Bahn der **Herbst-Ausgleich** hervor. Der Start des Rennens liegt auf der verlängerten Geraden, so daß die Pferde gleich im Anfang 850 Meter gerade Bahn galoppieren müssen. Es ist also eine Prüfung auf Herz und Nieren, die nur ein guter Steher gewinnen kann. Neben dem Herbst-Ausgleich stehen der **Preis von Altefelde** über eine Rennstrecke von 1800 Metern und der **Preis von Ammendorf** von 1600 Meter Distanz auf dem Programm. Das letztgenannte Rennen ist das erste und einzige Verkaufsrennen in diesem Jahre. Der Sieger wird öffentlich versteigert und kann von jedermann erworben werden. Der Verkaufspreis ist im Programm hinter dem Namen des Pferdes angegeben.

Außerdem können auch, was noch wenig bekannt ist, alle übrigen an dem Rennen teilnehmenden Pferde „gefordert", d. h. gekauft werden. Der Besitzer muß sein Pferd hergeben zum Einsatzpreise, d. h. zu dem Preise, der im Programm verzeichnet ist, aber in diesem Falle zuzüglich des Geldpreises für den Sieger und abzüglich des Preises, welchen das Pferd in dem betreffenden Verkaufsrennen selbst etwa gewonnen hat. Wird beispielsweise ein Pferd mit 40 000 Mark eingesetzt, so ist der Mindestpreis für den Sieger bei der Versteigerung 40 000 Mark. Für jedes andere Pferd wäre dagegen der Preis 40 000 Mark und der Wert des Rennens für den Sieger, also hier 10 000 Mark = 50 000 Mark. Von dieser Summe geht jedoch der Gewinn ab, den das Pferd in dem Rennen etwa auf dem 2., 3. oder 4. Platz erzielt hat. Das Vorrecht auf die Forderung eines nicht siegenden Pferdes im Verkaufsrennen hat in erster Linie der Besitzer des zweiten Pferdes, sodann kommen die Besitzer der übrigen Pferde und der Besitzer des Siegers. Darauf hat auch jeder Unbeteiligte das Recht, ein Pferd für den festgelegten Preis zu fordern. Diesbezügliche Anträge sind unmittelbar nach dem betreffenden Rennen schriftlich an die Rennleitung zu richten.

Als erste diesjährige Prüfung der Dreijährigen auf der Jagdbahn bringt der morgige Renntag das **Jünger-Jagd-Rennen.** Außerdem stehen das **Elstertal-Jagd-Rennen** über 3000 Meter leichte Bahn und der **Preis von Merseburg** über 3800 Meter mittlere Bahn auf dem Programm.

Auf den pünktlichen Anfang der Rennen um 2 Uhr wird nochmals aufmerksam gemacht. Ein erheblicher Teil der Besucher langte am letzten Sonntag erst auf der Rennbahn an, als das erste Rennen schon längst gelaufen war.

Verein für Kanusport Halle a. S.

Anläßlich seines 12. Stiftungsfestes veranstaltete am Sonntag nachmittag der Verein für Kanusport Halle eine interne Vereinsregatta, an der sich neben dem festgebenden Verein der Hallesche Kanu-Klub von 1920 Halle und der Kanu-Klub Merseburg beteiligten. Die Feier im Bootshause wurde durch einen Prolog, gesprochen von Frl. Hennicke, eingeleitet, worauf der Vorsitzende, Herr Otto Simon, die erschienenen Sportsfreunde und Gäste mit herzlichen Worte begrüßte. Die Vertreter des Halleschen Kanu-Klubs von 1920 Halle und des Kanu-Klubs Merseburg übermittelten die Glückwünsche ihrer Vereine. Hieran schloß sich die Taufe von mehreren Booten. Der Verlauf der einzelnen Rennen war folgender: **1. Gast-Einer:** 1. Meinel (Kanu-Klub Merseburg), 2. Blum (Hallescher Kanu-Klub von 1920 Halle). 2. **Doppelkajak** für Damen: 1. Frau Leibrich—Frau Simon, 2. Frau Kaiser—Frl. Klose. 3. **Gemischte Staffel:** 1. Hallescher Kanu-Klub von 1920 Halle, 2. Kanuklub Merseburg. 4. **Einerkajak für Jugendliche:** 1. H. Gallitz, 2. F. Fahsold. 5. **Doppelkajak** (August-Fischer-Gedächtnis-Preis): 1. G. Stäglich—K. Teichmann, 2. W. Kaiser—R. Beyer. 6. **Einerkajak** (Vereinsmeisterschaft): 1. G. Stäglich, 2. M. Leibrich, 3. W. Lamberty. 7. **Doppelkajak für Jugendliche:** 1. H. Gallitz—F. Fahsold, 2. H. Röhm—A. Simon. 8. **Doppelkajak** (Vereinsmeisterschaft): 1. W. Kaiser—R. Beyer, 2. G. Stäglich—W. Lamberty. Anschließend an die Regatta fand die Preisverteilung statt.

Herbstregatta in Halle

Meldungsschluß.

Die zweite Herbstregatta des Saale-Regatta-Vereins zu Halle a. S. findet am Sonntag, den 11. September, ab 2 Uhr nachmittags auf der Rennstrecke Bad Neu-Ragoczy statt. Dazu sind folgende Meldungen und Nennungen eingegangen: **Jungmann-Vierer:** R.-C. Saxonia-Dölau, R.-V. Böllberg-Halle. **Saale-Meisterschaft im Einer:** R.-G. 1874 (Nelson), Walter Futtig; Hallescher Ruderklub, Otto Liebing. **Gig-Vierer,** 1. Lauf: R.-G. 1874 (Nelson), Merseburger Rudergesellschaft, R.-C. Saxonia-Dölau. **Anfänger-Achter:** Hallescher Ruderverein-Böllberg, R.-G. 1874 (Nelson), Hallescher Ruderklub. **Alter-Herren-Vierer:** R.-G. 1874 (Nelson), Merseburger Rudergesellschaft. **Vierer, unbeschränkt:** R.-G. 1874 (Nelson), R.-C. Saxonia-Dölau. **Alter-Herren-Einer, Achillis-Wild-Gedächtnis-Einer:** R.-G. 1874 (Nelson), Walter Futtig; R.-V. Böllberg, Otto Erbe; R.-V. Böllberg, Karl Reiners; R.-G. 1874 (Nelson), Karl Klappenbach; Rudergesellschaft Wiking-Berlin, Karl Jeschke. **Gig-Vierer, 2. Lauf:** R.-C. Saxonia-Dölau, R.-V. Böllberg, R.-G. 1874 (Nelson). 1. **Jungmann-Vierer:** Merseburger Rudergesellschaft, R.-C. Saxonia-Dölau, R.-V. Böllberg. **Anfänger-Vierer:** R.-G. 1874 (Nelson), Merseburger Rudergesellschaft, R.-V. Böllberg. **Herbst-Achter:** Hallescher Ruderklub, R.-V. Böllberg, Merseburger Rudergesellschaft, R.-G. 1874 (Nelson). — Für Rennen 7 und Rennen 11 finden Vorrennen statt, **und zwar am Sonntag, den 11. September, ab vormittag 10 Uhr.**

— **Vorschau auf Karlshorst. Unsere Voraussagen:** 1. Rennen: Feuer — Grazie. 2. Rennen: Schwerenöter — Liese. 3. Rennen: Reichsgräfin — Corona. 4. Rennen: Tarlatan — Malachit. 5. Rennen: Widerstand — Rittersporn. 6. Rennen: Mittelstraße — **Sturmschwalbe.** 7. Rennen: Humboldt — Wanderstab.

Krefeld. 1. Rennen: Feuersbrunst — Lieselotte. 2. Rennen: Rächer — Timol. 3. Rennen: Marschlied — Wasserturm. 4. Rennen: Volaca — Leitha. 5. Rennen: Turban — Grasteufel. 6. Rennen: **Ottone — Glücksburg.** 7. Rennen: Tradition — Charlotte II.

Mannheim. 1. Rennen: Stall Bürger — Karl der Große. 2. Rennen: Stall Lindenberg — Taurus. 3. Rennen: Stall Funke — Hofnarr. 4. Rennen: Schadenfreude — Julia Cairo. 5. Rennen: Erich — Feldherr. 6. Rennen: Minnesang — Boros.

Volkswirtschaftlicher Tei

Gegen das neue Kohlensteuergesetz

Der Deutsche Braunkohlen-Industrieverein hatte am Sonnabend mittag die Vertreter der verschiedensten Kohlenverbraucherkreise zu einer Aussprache über das neue Kohlensteuergesetz nach dem Sitzungssaal der Handelskammer eingeladen. In Vertretung für Generaldirektor Piatschek übernahm Direktor Schmidt-Leipzig das Referat und legte die Wirkungen dar, welche die einzelnen Teile des neuen Gesetzes auf unser Wirtschaftsleben ausüben würden.

Als erster Punkt wurde angeführt, daß eine Erhebung der Kohlensteuer allein nach dem Verkaufspreise der Zechen ein Nachteil für jene Kohlen sei, deren Produktionsunkosten größer sind. In der 14. Reichstagssitzung wurden übrigens die Schwierigkeiten bei der Verabschiedung des Gesetzes vom 30. Juli 1921 erkannt, und es wurde daher ein dementsprechender Zusatz zu § 6 gemacht. Dieser lautet folgendermaßen: „Der Reichsminister der Finanzen ist ermächtigt, mit Zustimmung des Reichskohlenrates und des Reichswirtschaftsrates für einzelne Bergbaubezirke und einzelne Brennstoffarten die Kohlensteuer zu ermäßigen." Vor allem muß nun bei der Neuaufstellung des Kohlensteuergesetzes berücksichtigt werden, daß die Steuersätze entsprechend den natürlichen Verhältnissen der einzelnen Bergbaugebiete verschieden sein müssen, damit auf diese Weise ein Ausgleich geschaffen wird. Denn eine Erhebung der Kohlensteuer nach dem Preise der Kohlen würde für solche Gebiete, in denen die Förderungskosten durch höhere Löhne oder andere Umstände größer sind, eine bedeutende Mehrbelastung ausmachen. Zu diesen Gebieten gehört nun auch unser mitteldeutscher Braunkohlenbergbau. Einige Zahlen werden zur Erläuterung dienen. Während für unsere mitteldeutsche Braunkohle die Steuer 96 Mark und für Briketts 331 Mark beträgt, hat die westfälische Steinkohle die Höhe von 366 Mark und rheinische Briketts 230 Mark pro Tonne. Bisher mußte also in Mitteldeutschland für einen Wagen Briketts schon 101 Mark Steuern mehr bezahlt werden, während, wenn das neue Gesetz eingeführt würde, die Steuer 152 Mark mehr betragen würde. Vor allem muß aber bei der neuen Kohlensteuer die Einführung eines festen Steuersolls zurückgewiesen werden, da der Kohlenpreis in enger Beziehung zur Absatzmenge steht und daher in Zeiten, wo der Absatz geringer ist, eine dementsprechend höhere Steuer gezahlt werden müßte. Infolgedessen wäre es angebracht, daß die Steuer von den Werken selbst getragen würde.

Um nun dem Unrecht, welches durch das neue Steuergesetz besonders für unser miteldeutsches Bergbaugebiet in Frage kommt, abzuhelfen, müssen von allen interessierten Kreisen Schritte unternommen werden, damit ein Ausgleich für die einzelnen Bergbaugebiete erzielt wird. Inzwischen sind auch schon Verhandlungen zu diesem Zwecke eingeleitet worden. Darauf wurde von den Anwesenden die folgende Entschließung angenommen:

„Die am 3. September 1921 in der Handelskammer zu Halle a. S. versammelten Vertreter weitester Verbraucherkreise Mitteldeutschlands haben in eingehender Aussprache zu dem neuen Kohlensteuergesetz Stellung genommen. Nach sachlicher Würdigung der aus ihm für den Verbraucher und für den Bergbau sich ergebenden Folgen warnen sie dringend vor einer Erhöhung der Kohlensteuer, da damit eine starke Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Existenz des Einzelnen und der gesamten mitteldeutschen Wirtschaft verbunden ist. Sie lehnen die vom Reichswirtschaftsrat vorgesehene Einführung eines festen Steuersolls und die Errichtung von Steuersyndikaten einmütig und entschieden ab. Sie fordern dagegen dringend, daß die zurzeit in der Besteuerung der Kohle ohne genügende Berücksichtigung ihres Heizwertes dem Verkaufspreise bestehende Ungerechtigkeit schnellstens beseitigt und eine gerechtere Steuerveranlagung nach dem Gebrauchswert der Kohle durchgeführt wird. Sie halten eine solche Verbesserung der Kohlensteuer im Interesse der Wirtschaftlichkeit, nicht nur der Großunternehmungen, sondern auch der kleinsten Betriebe, sowie der Haushaltungen für unbedingt erforderlich. G. H.

Aktiengesellschaften

Hohenlohe-Werke, A.-G. in Hohenlohehütte. Bei einem Reingewinn von 4 339 422 Mk. erhalten die Stammaktien wieder 5 Prozent Dividende: 325 533 Mark (391 174 Mark) werden vorgetragen. Sehr empfindlich wirkte die plötzliche Absatzstockung, die zu Beginn des Geschäftsjahres auf dem Zinkmarkte einsetzte und das ganze Geschäftsjahr hindurch anhielt. Die Zinkpreise sanken erheblich unter die Selbstkosten und die Produktion mußte erheblich eingeschränkt werden. Dagegen bewegte sich die Förderung der Kohengruben im Aufstieg, bis die politischen Unruhen im August-September 1920 diese erfreuliche Entwicklung jäh unterbrachen. Auch nach Beendigung der Unruhen konnte sich die Förderung nur langsam erholen, weil eine große Anzahl produktiver deutscher Arbeiter abgewandert war, und die Arbeitslust im allgemeinen stark gelitten hatte.

Eisenbau Schiege, A.-G. in Paunsdorf bei Leipzig. Die in den letzten Wochen stattgefundene Steigerung des Börsenkurses der Aktien der Gesellschaft ist anscheinend darauf zurückzuführen, daß das Werk jetzt auf mehr als die doppelte Produktion ausgebaut worden und daß eine Interessengemeinschaft mit der bekannten Metallfirma Wolf, Netter u. Jacobi in Berlin und Frankfurt a. M. zustandegekommen ist, durch welche insbesondere auch eine größere Belebung des Handelsgeschäftes in Walzeisen, Mittel-, Fein-, verzinkten und Wellblechen erwartet wird.

A.-G. für Kartonnagenindustrie, Dresden-Loschwitz. Der Abschluß weist einen Ueberschuß in Höhe von 6 678 041 (4 436 175) Mark aus. Abschreibungen erfordern 1 750 000 (1 000 000) M., wonach zuzüglich 337 644 (305 640) M. zur Verfügung der Generalversammlung stehen 4 180 415 (2 757 644) M. Die Verwaltung beantragt, 6 Proz. auf die Vorzugsaktien und wieder 30 Proz. Gesamtdividende auf das Stammaktienkapital zu verteilen, was insgesamt 3 615 500 (2 250 000) M. erfordern wird. Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr lassen sich nicht beurteilen. Der Auftragseingang ist im allgemeinen bei gedrückten Preisen befriedigend.

Freiherrlich von Tuchersche Brauerei, A.-G. in Nürnberg. Das Geschäftsjahr schließt nach Abschreibungen von 288 631 Mk. (282 144 Mk.) und zuzüglich des letzten Jahresvortrags von 158 170 Mark (90 310 Mk.) ab. Es wird beantragt, eine Dividende von 14 Proz. (10 Proz.) zu verteilen, sowie 184 823 Mk. vorzutragen.

Verein chemischer Fabriken Akt.-Ges. in Zeitz. Die Verwaltung beruft zum 23. September eine außerordentliche Generalversammlung zur Erhöhung des Aktienkapitals von 8 auf 20 Mill. Mark ein. Die neuen Aktien, die für das laufende Geschäftsjahr volle Dividendenberechtigung haben, werden den Aktionären zum Kurse von 120 Prozent derart zum Bezuge angeboten, daß auf zwei alte drei neue Aktien entfallen.

Metall-Industrie Schönebeck Akt.-Ges. in Schönebeck a. E. Dividende auf die alten Aktien wieder 25 Proz., auf die jungen Aktien 16⅔ Proz. und auf die jüngsten Aktien 13⅓ Proz. Der Rohgewinn hat sich auf 4,932,899 Mk. erhöht. Nach Absetzung der allgemeine Unkosten mit 4,297,023 Mk., der Abschreibungen auf Kursverluste und Dubiose mit 6446 Mk. und Dotierung der gesetzlichen Rücklage mit 525,000 Mk., die als Aktienaufgeld a der Kapitalerhöhung um 1,5 auf 3 Mill. Mark erzielt word sind, sowie Zuweisung an die Ertragscheinsteuerrücklage m 80,000 Mk. verbleibt, einschließlich des vorjährigen Vortrag von 29,728 Mk., ein Ueberschuß von 634,680 Mark. Zum Ne vortrag gelangen 15,671 Mark. Das erste Semester des a gelaufenen Geschäftsjahres stand, wie die Verwaltung mittei unter der Nachwirkung einer allgemeinen Absatzstockung, so d eine volle Ausnutzung des Betriebes nicht möglich war. neuen Jahre war die Entwicklung des Geschäfts bisher günst Es liegen belangreiche Aufträge vor, jedoch läßt sich infolge d ungewissen politischen Verhältnisse das Jahresergebnis no nicht übersehen.

Gewerkschaft Siegfried I in Vogelbeck. Die Verwaltun beruft zum 15. September eine außerordentliche Gewerkenve sammlung ein zwecks Beschlußfassung über Einräumung b wirtschaftlichen Verfügung über das Kaliwerk Schacht II b Gewerkschaft an zwei vom Grubenvorstand bestellte Treuhänd zum Zwecke der Verleihung der Gewerkschaftsfähigkeit für d Werk II sowie über Ermächtigung des Grubenvorstandes, na demnächst erfolgter Verleihung der Gewerkschaftsfähigkeit un nach Bildung einer Gewerkschaft Siegfried I über die Kuxe der Gewerkschaft im Interesse des Unternehmen nach pflichtgemäßem Ermessen zu verfügen.

Verkehr

* **Elbeschiffahrt.** Am 3. September traf Kahn Nr. 5761 i Aken ein.

* **Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Hall (Saale) (einschließlich der anschließenden Privatbahnen) wurde am 5. September für Kohlen, Koks, Briketts und Naßpreßstein gestellt 5586 Wagen zu 10 Tonnen, nicht gestellt 1506 Wagen z 10 Tonnen.

Wochenmarkt in Halle.

Nach unseren Notierungen wurden am Dienstag im Durchschnitt bezahlt für:

Kartoffeln 1 Pfd.	0,65—0,80	Einlegegurken 1 Mdl.	2,50—6,5
Weißkohl 1 Pfd.	1,00—1,10	Pfeffergurken 1 Pfd.	3,00—3,5
Wirsingkohl 1 Pfd.	1,25—1,30	Schalengurken 1 Mdl.	10—12,0
Rotkohl 1 Pfd.	1,50—1,60	Meerrettig 1 Pfd.	10,00
Blumenkohl 1 Stück	1,50—2,50	Kürbis 1 Pfd.	0,50
Grüne Bohnen 1 Pfd.	2,50—2,80	Tomaten 1 Pfd.	2,90—3,0
Steinpilze 1 Pfd.	3,50	Grüner Salat 1 Stück	–
Kohlrabi 1 Mdl.	3,00—4,50	Spinat 1 Pfd.	0,90—1,0
Mohrrüben 1 Pfd.	0,75—0,80	Pflaumen 1 Pfd.	2,50
Kohlrüben 1 Pfd.	0,65	Pflaumenmus 1 Pfd.	5,50
Zitronen Stück	0,90—1,50	Birnen 1 Pfd.	0,90—2,5
Rettiche 1 Stück	0,30—0,40	Aepfel 1 Pfd.	1,00—2,5
Rhabarber 1 Pfd.	0,30	Butter ½-Pfd.-Stück	14,50
Rote Rüben 1 Pfd.	0,60	Matz 1 Pfd.	4,25—4,5
Sellerie 1 Stück	0,90—1,00	Eier 1 Stück	2,00
Zwiebeln 1 Pfd.	0,75—0,80	Käse 1 Stück	1,00—1,8
Salatgurken 1 Stück	0,50—1,60	Rebhühner 1 Stück	9,00—12,5

Sonst wurden auf dem Markte noch Fleisch- und Wurstwaren sowie Geflügel und Fische feilgeboten.

Von den Viehmärkten

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städtischen Schlacht- und Viehhofe zu Halle.

Bezahlt wurden am Montag, den 5. September 1921

Gattung	a) für 50 kg Fleischgewicht: I. höchster Preis M.	II. niedrigster Preis M.	III. häufigster Preis M.	b) für 50 kg aus dem Auslande eingeführtes: Gefrierfleisch M.	Pökelfleisch M.
Ochsen	1200	725	1100	675	–
Bullen	1150	1000	1100	–	–
Kühe	1200	775	1100	–	–
Jungrinder	950	800	900	–	–
Mastkälber (einschl. Lunge und Leber)	–	–	–	–	–
Saugkälber (einschl. Lunge und Leber)	1200	1000	1100	–	–
Lämmer u. Masthammel (einschl. Lunge und Leber)	1100	1050	1100	–	–
Schafe (einschl. Lunge und Leber)	1000	900	1000	–	–
Schweine einschl. Mittel und Geschlinge	1800	1650	1800	1750	–

Devisen-Vorkurse

	6. 9. 21 Mittelkurse	5. 9. 21 Geld	5. 9. 21 Brief
Amsterdam	2925,—	2872,10	2877,90
Brüssel	695,—	682,30	683,70
Christiania	1210,—	1196,30	1198,70
Kopenhagen	—,—	1580,50	1584,10
Stockholm	1980,—	1960,50	1964,50
London	404,—	337,90	338,60
New-York	90,80	90,90	91,90
Paris	—,—	696,80	698,20
Schweiz	—,—	—,—	—,—

Heute keine Berliner Börse.

Hallesche Notierungen. Halle a. S., 6. Sept. 21.

Anleihen.

3½ % Hall. Stadt-Anl. v. 1886	92,–G
3½ % " " v. 1892	86,–G
3½ % Hall. St.-A. v. 1900, S. III	–,–
4 % " " v. 1900	69.50G
4 % " " v. 1905	69.50G
4 % " " v. 1910	69.50G
4 % Landsch. Zentral-Pfdbr.	67.75G
3½ % " " "	70,50bG
3 % " " "	68,25G
4 % Sächs. landsch. Pfdbr.	85.50bG
3½ % " " "	78,00G
3 % " " "	69,–G
3½ % Provinzial-Anleihe	91,–G
4 % " "	80,–b
3½ % Halle-Hettst. Eisenb.-A.	64,00G
4½ % " " " v. 1900	65,–G
4½ % " " " v. 1911	65,–bG
4 % Bruckd.-Nietl. B.-V. H.-A.	92,–G
4½ % K. Sophie b. Wolmirsleben Hyp.-Anl.	95,–G
4½ % D. Grubeb. Bitterf. H.-A.	95,–G
5 % G. Burbach H.-A., r. 103 %	–,–
5 % Gew. Gute Hoffnung Hyp.-Anl. rzb. 102 %	–,–
5 % G. Leonhardtb. Frankl.-A.	–,–
5 % G. Vesta-Hyp.-A. r. 102 %	–,–
4½ % G. Auguste b. Bitterf.-A.	97,–G
4½ % " " " r. 102 %	97,–G
4½ % Hall. Pfännerschaft-A.	89,–G
5 % " " rzb. 102 %	100,–G
4 % Mansf. Gew.-Anl. v. 1898	90,–G
4 % " " " 1908	90,–G
4½ % " " " 1908	92,–G
4½ % " " " 1911	92,–G
4 % Naumb. Braunk. abg. H.-A.	–,–
4½ % " " H.-A. r. 102 %	100,–G
4½ % A. Riebeck Montanwerke-Anl. rzb. 102 %	100,00G
4 % Sächs. Thür. Braunkohl.-Verw. II Anl. rückz. 102 %	95,–G
4½ % S.-Thür. Br.-V.-A. r. 102 %	99.50G
4 % Waldauer Braunk.-Anl.	95,–G
4½ % " " r. 102 %	99,50G

4 % W.-Weissenf. Br.-A. v. 1890	95,00G
4 % " " v. 1898	99.50G
4 % " " v. 1902	95,00G
4½ % " " r. 102 %	100,00G
4 % Z. Par. u. Solarölfabr.-A.	95,00G
4½ % " " A. r. 102 %	100,00G
4 % Cröllw. Papierfabr. H.-A.	95,–G
4½ % " " A. r. 103 %	97,00G
5 % " "	100,–B
4½ % Eilenb. Kattun-Manuf. Hyp.-Anl. rückz. 102 %	100,00G
5 % Eisenw. Schafstädt Hyp.-Anl rückz. 101 %	99.50B
4 % Fabr. l. Masch. F. Zimmermann & Co. A.-G. H.-A r. 103 %	92,–G
4 % Kyffh. H.-A. unk. bis 1915	95.50G
4½ % G. Lindner H.-A. r. 102 %	101,00B
4½ % " v. 1912 v. 102 %	101.00B

Aktien.

Hallescher Bankverein	285,–bG
Diskontobank	146,00G
Hall. Pfännerschaft A.-G.	895,–bG
Riebecksche Montanw. A.-G.	710,–G
W.-Weissenf. Braunk.-A.-G.	770,–G
Ammendorfer Papierfabrik	1060G
Cröllwitzer Papierfabrik	–,–
Cönnerner Malzfabrik	390,00G
Eilenb. Kattun-Manufaktur	1150B
Eisenwerk Brünner	375,–bG
F. f. M. F. Zimmermann & Co.	420,–B
" " Vorz.-A	420,–G
Hallesche Maschinenfabrik	–,–
Hildebrandsche Mühlenwerke	–,–
Kaiserbad Schmiedeberg	229,–G
Körbisdorfer Zuckerfabrik	–,–
Kyffhäuserhütte Nr. 1—1000	–,–
" Nr. 1001—2500	375,–b
Gottfried Lindner	560,–b
Wegelin & Hübner	630,–G
Zuckerraffinerie Halle	710,–b
Halle-Hettst. Eisenb.-A. La.A.	–,–
" " " La.B.	55,–G

Kuxe.

Bruckd. Nietleb. Bergbau-Ver.	[illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109062-13/fragment/page=0008
DFG